



THESENPAPIER
PLÄDOYER FÜR EINE
NEUAUSRICHTUNG
DER DEUTSCHEN
AFRIKAPOLITIK
2010

AFRIKA IM AUFBRUCH

3 | ZENTRALE THESEN UND EMPFEHLUNGEN

5 | VORWORT

7 | AUSGANGSLAGE

8 | PROBLEMSKIZZE UND ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

- *Armut, Entwicklung und Bildung*
- *Fragile Staatlichkeit, Kriege und Konflikte*
- *Rechtsstaatlichkeit und Demokratie*
- *Wirtschaft und Handel*
- *Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit*
- *Demographie und Migration*
- *Ernährungssicherheit und Gesundheit*
- *Klimaveränderungen und Desertifikation*
- *Afrika zwischen Tradition und Moderne:
Staat, Kultur und Religion*

17 | SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE POLITIK

- *Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika
zu einer deutschen Afrikapolitik erweitern*
- *Gemeinsame Werte und gegenseitige Interessen
transparent machen*
- *Strukturen internationaler Zusammenarbeit effizienter
gestalten, Regionen und Sektoren konzentrieren*
- *Afrikanische Eigenverantwortung fördern
und Reformen begleiten*
- *Rechtsstaatlichkeit, Demokratie
und gute Regierungsführung stärken*
- *Den ordnungspolitischen Dialog und die wirtschaftliche
Zusammenarbeit mit Afrika intensivieren*
- *Den Dialog der Kulturen und Religionen fördern*
- *Frieden ermöglichen und Entwicklung fördern
durch vernetzte Sicherheit*
- *Lebens- und Überlebenschancen erhöhen:
Ländliche Entwicklung und kommunale Selbstverwaltung,
Gesundheit und Bildung fördern*
- *Zukunft sichern: Natürliche Ressourcen und Umwelt
schonen, Biodiversität und Klima schützen*

ZENTRALE THESEN UND EMPFEHLUNGEN

Die steigende geopolitische und strategische Bedeutung Afrikas muss eine adäquate Entsprechung in einer neuen deutschen Afrikapolitik finden, die dadurch eine grundsätzliche Neuausrichtung erfährt. Dabei wird der Ausgestaltung entwicklungsfördernder Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften und Handeln in und mit Afrika größerer Stellenwert eingeräumt als der Höhe der öffentlichen Transferleistungen.

1. DEUTSCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA ZU EINER DEUTSCHEN AFRIKAPOLITIK ERWEITERN

Afrika darf nicht reduziert werden auf den Ort einer Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern ist ein strategisch wichtiger Kontinent. Wenngleich Afrikas Probleme insbesondere die Entwicklungspolitik berühren, reichen die Herausforderungen weit über dieses Politikfeld hinaus. Eine neue deutsche Afrikapolitik muss eine vernünftige Konsistenz neuer programmatischer Positionen und zentraler Inhalte deutscher Politik mit normativen Vereinbarungen europäischer oder multilateraler Institutionen herstellen. Sie muss eine praktikable Kohärenz zwischen den klassischen Arbeitsfeldern der Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Innen- (Migration) und Umweltpolitik erzielen. Die Konsistenz nationaler Programmatik mit internationalen Vereinbarungen bestätigt die Verlässlichkeit deutscher Politik. Die neue Kohärenz von Ressorts und Institutionen erhöht sowohl die Effizienz des Mitteleinsatzes als auch die Glaubwürdigkeit deutscher Afrikapolitik, die bislang mit zu vielen Stimmen und Akteuren und bisweilen sogar einer Nebenaußenpolitik auftrat und nunmehr ihren Ausdruck finden soll in einer Afrikapolitik aus einem Guss sowie einem Afrikabeauftragten, der mit ressortübergreifender Koordinierungskompetenz und einem eindeutigen sowie starken Mandat ausgestattet ist.

2. GEMEINSAME WERTE UND GEGENSEITIGE INTERESSEN TRANSPARENT MACHEN

Afrikanische Partner wissen neben dem Bedürfnis der solidarischen Anteilnahme am Schicksal ihres Kontinents und seiner Menschen sehr wohl um den Wunsch nach der Teilhabe an seinen Ressourcen. Will deutsche Afrikapolitik eine erfolgreiche Symbiose zum gegenseitigen Vorteil herstellen, müssen universelle Werte wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die Durchsetzung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie konvergieren mit den gemeinsamen und gegenseitigen Interessen Deutschlands und seiner afrikanischen Partnerländer. Nur die authentische Darstellung der Motive und der auch wirtschaftspolitischen Interessen lässt bei Partnern in Afrika Vertrauen und eine belastbare Grundlage für internationale Zusammenarbeit entstehen.

3. STRUKTUREN INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT EFFIZIENTER GESTALTEN, REGIONEN UND SEKTOREN KONZENTRIEREN

Nicht ein reines „Mehr“ an finanziellen Mitteln, sondern deren gezielter, effizienter und wirksamer Einsatz muss deutsche Afrikapolitik prägen. Diese geht einher mit einer sinnvollen und stärker harmonisierten internationalen Arbeitsteilung und der Umschich-



Ein positiver Blick nach vorn: Trotz erheblicher Entwicklungsprobleme ist ein gestiegenes politisches Selbstbewusstsein in Afrika festzustellen.

tung multilateraler Mittel für bilaterale Zwecke, die auf weniger und nach klaren Kriterien ausgewählte Länder und Sektoren konzentriert und dort sichtbarer gemacht werden.

4. AFRIKANISCHE EIGENVERANTWORTUNG FÖRDERN UND REFORMEN IN AFRIKA BEGLEITEN

Eine Partnerschaft mit Afrika, die nicht von der herkömmlichen Logik von Geber und Empfänger, sondern von einer symmetrischen und gleichberechtigten Beziehung auf Augenhöhe geprägt sein soll, erfordert die ausdrückliche Übernahme der Verantwortung für politisches Handeln durch afrikanische Staaten und Akteure. Dieser Ausdruck gestiegener politischer wie moralischer Souveränität verdient, zusammen mit zunehmend sichtbaren institutionellen und programmatischen Reforminitiativen auf kontinentaler, regionaler und nationaler Ebene, finanzielle wie politische Unterstützung sowie intensivere Kooperation.

5. RECHTSSTAATLICHKEIT, DEMOKRATIE UND GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG STÄRKEN

Zum Schutz der Würde des Menschen und seiner Rechte muss Rechtsstaatlichkeit in Afrika verstärkt unterstützt werden. Deren Förderung verbessert zudem die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Handel und Investitionen. Da nur demokratisch legitimierte und verfasste Gemeinwesen auf Dauer Rechtsstaatlichkeit sichern können, sind neben demokratischen Strukturen und Verfahren insbesondere politische Parteien, die Zivilgesellschaft sowie unabhängige Medien zu fördern, um die Qualität demokratischen Regierens und der Mehrparteiensysteme im politischen Wettbewerb zu verbessern.

6. DEN ORDNUNGSPOLITISCHEN DIALOG UND DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA INTENSIVIEREN

Die Prinzipien einer sozial und marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Werteordnung müssen sich international Geltung verschaffen und sollen zum ordnungspolitischen Rahmen auch afrikanischer Länder werden. Eine sozial orientierte Marktwirtschaft, die den Leitprinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität folgt, ist die Bedingung für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Sie fördert privatwirtschaftliches Engagement in Afrika, erfordert allerdings auch eine faire internationale Handelsordnung.



Die Bekämpfung von Hunger und die Verbesserung der Ernährungssicherheit setzen vor allem die Förderung ländlicher Entwicklung voraus.

7. DEN DIALOG DER KULTUREN UND RELIGIONEN FÖRDERN

Der Dialog der Religionen und Kulturen in und mit Afrika muss kontinuierlich gefördert werden, da dies der Gefahr von deren Instrumentalisierung und einer sicherheitsrelevanten Eskalation begegnet und zudem universal gültigen Werten als elementarer Grundlage vertrauensvoller Kooperation zum Durchbruch verhilft.

8. FRIEDEN ERMÖGLICHEN UND ENTWICKLUNG FÖRDERN DURCH VERNETZTE SICHERHEIT

Die afrikanische Sicherheitsarchitektur und ihre zivilmilitärischen Instrumente, Krisenprävention und Programme der Friedenssicherung müssen gefördert werden, da nachhaltige Entwicklung Frieden und Sicherheit voraussetzt.

9. LEBENS- UND ÜBERLEBENSCHANCEN ERHÖHEN: LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG, GESUNDHEIT UND BILDUNG FÖRDERN

Die Bekämpfung von Hunger und die Stärkung von Ernährungssicherheit bedingen die Förderung ländlicher Entwicklung. Eine verbesserte kommunale Selbstverwaltung erleichtert die dezentrale Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen in den elementaren Bereichen Gesundheitsversorgung und Bildung.

10. ZUKUNFT SICHERN: NATÜRLICHE RESSOURCEN UND UMWELT SCHONEN, BIODIVERSITÄT UND KLIMA SCHÜTZEN

Im Kampf gegen die globale Erderwärmung und den Klimawandel sowie zur Bewahrung der Umwelt werden starke afrikanische Partner benötigt. Da Afrika besonders hart davon betroffen ist, müssen Maßnahmen zur Minderung von Emissionen, zur Anpassung an den Klimawandel sowie zum Schutz der Umwelt in Afrika verstärkt gefördert werden.

VORWORT

Afrika hat gerade in der letzten Dekade zunehmend an internationaler Aufmerksamkeit gewonnen und ist wieder stärker in das Interesse deutscher Politik gerückt. Trotz der erheblichen Entwicklungsprobleme ist schließlich ein gestiegenes politisches Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der 53 afrikanischen Länder festzustellen, die zusammen mehr als ein Viertel aller Mitgliedsstaaten (und Stimmen) bei den Vereinten Nationen ausmachen und bei internationalen Konferenzen wie zuletzt beim Klimagipfel in Kopenhagen ihre geopolitische Bedeutung hervorheben. Afrikas Rohstoffe gewinnen auf den Weltmärkten eine zunehmende Relevanz, in den letzten Jahren wurden überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt, der Kontinent ist ein interessanter Absatzmarkt und befindet sich in vielerlei Hinsicht im Aufbruch.

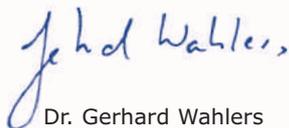
Der Zuwachs an politischer, ökonomischer und ökologischer Bedeutung Afrikas findet jedoch noch keine adäquate Entsprechung in den vielen Afrikastrategien, deren Fokus meist auf den vielfältigen und komplexen Entwicklungsdefiziten liegt. Die Millenniumsentwicklungsziele von 2000 mit ihrer starken Orientierung auf die Bekämpfung von absoluter Armut und sozialen Problemen lassen den Kontinent zudem weniger als strategisch wichtigen Partner denn vielmehr als Ort einer Wohltätigkeitsveranstaltung erscheinen. Die Resignation darüber, dass der Kontinent unterentwickelt, unfähig oder gar unwillig sei, aus eigener Kraft aus der Armutsspirale herauszukommen, scheint einer Renaissance Afrikas aus dem Glauben an dessen großes Potential und seine zahlreichen Chancen zu weichen.

Die wachsende strategische Bedeutung des europäischen Nachbarkontinents muss daher eine adäquate Entsprechung finden in einer neuen deutschen Afrikapolitik, die zwar innerhalb des multilateralen Rahmens der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sowie im Rahmen internationaler Gremien wie der G 8 und der G 20 normativ verankert ist, aber eine Akzentverschiebung sowie eine neue Schwerpunktsetzung bis hin zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung nicht aus-, sondern einschließt. Dabei müssen primär universale Werte wie Menschenrechte und Demokratie, die Anerkennung von Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und des internationalen Völkerrechts konvergieren mit den gemeinsamen und gegenseitigen Interessen Deutschlands und seiner afrikanischen Partnerländer. Der Dialog der Religionen und Kulturen gehört ebenfalls zu den dringlichen Zukunftsaufgaben unserer globalen Gesellschaft. Fragen der Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschafts- und Handelspolitik, der Migrations- und Umweltpolitik sind in vernünftigen Einklang zu bringen.

Zu Beginn einer neuen Dekade und beschleunigt durch die avisierte Neuordnung der deutschen Entwicklungspolitik hat die Bundesregierung die Chance, einen Paradigmenwechsel in der Afrikapolitik zu vollziehen, bei der eine gleichberechtigte Partnerschaft einhergeht mit zunehmender afrikanischer Eigenverantwortung. Dies

jedoch erfordert eine intensivere „Politische Zusammenarbeit“ (PZ) mit afrikanischen Partnern sowie die institutionelle Aufwertung der „Politischen Zusammenarbeit“ zu einer eigenständigen Säule neben der „Technischen Zusammenarbeit“ (TZ) und der „Finanziellen Zusammenarbeit“ (FZ), bei welcher den Politischen Stiftungen eine herausragende Rolle zukommen muss.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist seit nahezu fünfzig Jahren in mehr als zwanzig Ländern Afrikas vertreten und verfügt über langjährige und vertrauensvolle Partnerbeziehungen. Im Rahmen der Mitarbeiterkonferenz der KAS für Afrika und den Nahen Osten vom 24. bis 30. April 2010 in Marrakesch wurde das vorliegende Grundsatzpapier verabschiedet. Mit seiner kritischen Problemskizze und seinen zehn Thesen für eine Neuausrichtung der deutschen Afrikapolitik will es nicht nur den Afrikadiskurs in Deutschland anregen, sondern vor allem die deutsche Afrikapolitik mit innovativen und konstruktiven Ideen beraten und begleiten. Besonderer Dank gebührt in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Dr. Anton Bösl, dem Vertreter der KAS in Namibia, der gemeinsam mit dem Team Afrika/Naher Osten dieses Grundsatzpapier erarbeitet hat.



Dr. Gerhard Wahlers
Hauptabteilungsleiter
Internationale Zusammenarbeit

AUSGANGSLAGE

Im Jahr 2010, also 125 Jahre nach der sogenannten Kongokonferenz, die 1885 in Berlin zu Ende ging und Afrika in Kolonien aufteilte, ist der Kontinent auf der Suche nach seiner geopolitischen Rolle. Der Ost-West-Konflikt, der unter anderem auch in zahlreichen Stellvertreterkriegen in Afrika ausgetragen wurde, ging vor zwanzig Jahren zu Ende, mit der Unabhängigkeit Namibias endete 1990 zugleich die Ära des Kolonialismus. Seitdem ist eine neue, multipolare Weltordnung im Entstehen mit einer zentralen Stellung Amerikas, einem zusammengewachsenen Europa, einer Neupositionierung Russlands, dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht und einer gewachsenen Rolle der sogenannten Schwellenländer. Die in diesem Gefüge bislang nur untergeordnete Bedeutung Afrikas erfährt durch globale Herausforderungen wie den internationalen Terrorismus, die Erderwärmung und den Klimawandel sowie die Bekämpfung von Drogenhandel und Pandemien eine deutliche Veränderung, die eine vertiefte konstruktive Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern unabdingbar macht.

Weitere Entwicklungen lenken zunehmend den Blick auf Afrika, zum Beispiel die Verknappung wichtiger Rohstoffe oder die Tatsache, dass sich afrikanische Länder, wie im Dezember 2009 in Kopenhagen geschehen, auf gemeinsame Positionen verständigen und das System der Vereinten Nationen durch ihre Stimmenüberlegenheit sichtbar und nachhaltig beeinflussen. Die Ambivalenz, einerseits mit nur 3 Prozent Anteil am Welthandel ökonomisch marginal zu sein, andererseits aufgrund globaler Probleme und einer Vielzahl von Ländern und Stimmen in multilateralen Gremien politisch immer relevanter zu werden, prägt die Suche nach Afrikas geopolitischen Rolle.

Die Globalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die zunehmende Verrechtlichung internationaler Beziehungen, die steigende Bedeutung von Fragen der „Global Governance“, gravierende sicherheitspolitische Probleme und Migration machen Afrika zu einem geopolitisch wichtigen Akteur und strategisch notwendigen und unverzichtbaren Partner.



Um globale Herausforderungen wie gerade den Klimawandel zu bestehen, ist Afrika als starker und zuverlässiger Partner in der Eindämmung der Erderwärmung, beim Schutz seiner Regenwälder, natürlichen Ressourcen und außerordentlichen Biodiversität sowie bei der Vermeidung des Ausstoßes von Treibhausgasen gefordert.

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise macht internationale Regeln notwendig, wie sie das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft als bewährter Orientierungsrahmen bietet. Um deren Prinzipien auch international stärker Geltung zu verschaffen, könnten die vielen Länder Afrikas, die in den letzten Jahren mit ihrem konstant überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum auffielen, einen ordnungspolitisch konstruktiven Beitrag leisten. Ferner dürfen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gerade die fragilen Staaten Afrikas keine Rückzugsräume für islamistische Terroristen bieten, sondern müssen zuverlässige Partner in vernetzten Sicherheitskonzepten sein.

Die Tatsache, dass 2010 erstmals eine Fußballweltmeisterschaft auf afrikanischem Boden stattfand, spiegelt nicht nur die gestiegene Aufmerksamkeit und internationale Rolle Afrikas wider, sondern kann auch symbolisch für den Aufbruch in ein neues Zeitalter in Afrika selbst stehen, das vom Wunsch nach politischer Selbstbestimmung und von wirtschaftlichem Aufbruch geprägt ist.

PROBLEMSKIZZE UND ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

Der afrikanische Kontinent ist zu groß und hat zu viele unterschiedliche Facetten, als dass man ihn einfach beschreiben könnte. Im Grunde eignet sich der Begriff Afrika auch nur als die geographische Bezeichnung für einen Kontinent, auf dem etwa eine Milliarde Menschen in 53 Ländern leben, von denen die meisten südlich der Sahara liegen. Zu heterogen sind diese Länder, als dass man sie mit einer terminologischen Klammer umfassen könnte, zu komplex die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, als dass man diese mit einfachen Rezepten (*one size fits all*) lösen könnte. Die großen Disparitäten innerhalb und zwischen einzelnen Ländern und Regionen Afrikas scheinen sich außerdem zu vertiefen. Es können daher im Folgenden nur einige ausgewählte Probleme und Herausforderungen skizziert werden, welche die positiven Entwicklungen der letzten Jahre auf verschiedenen Gebieten nicht relativieren oder überdecken sollen, die aber zur realistischen Betrachtung Afrikas notwendig sind. Generelle Aussagen über Afrika gelten dabei im Übrigen zwar für alle Länder, nicht aber immer zugleich für jedes Land. Für die Region Nordafrika/Naher Osten wird aufgrund ihrer zahlreichen und spezifischen Besonderheiten im September 2010 ein eigenes Thesenpapier vorgelegt.

ARMUT, ENTWICKLUNG UND BILDUNG

Trotz positiver Tendenzen in einigen Bereichen der menschlichen Entwicklung wie der leichte Rückgang der Kinder- und Müttersterblichkeit bleibt Afrika der Kontinent mit den größten Entwicklungsproblemen. Zehn Jahre nach Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele (*Millennium Development Goals, MDG*), mit denen bis zum Jahr 2015 erhebliche Entwicklungsfortschritte weltweit erreicht werden sollten, wird Afrika die meisten der acht Ziele verfehlen. Obwohl die grundsätzliche Erreichbarkeit der Ziele in Frage gestellt werden kann, müssen auch methodische Defizite sowie die fehlenden statistischen Grundlagen ökonomischer und sozialer Daten für die Bewertung des MDG-Prozesses berücksichtigt werden. Aufgrund der neuen, 2008 eingeführten Methode der Weltbank



Bildung ist Menschenrecht und unabdingbare Voraussetzung für Entwicklung zugleich.

zur Erfassung von Armut, die aufgrund einer verbesserten Datenlage die Armutsgrenze von einem auf 1,25 US-Dollar anpasste, musste die Statistik deutlich revidiert werden. Nach den neuen Berechnungen liegt die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, bei insgesamt über 1,4 Milliarden weltweit.

Als besonders schwierig gilt nach der neuen Armutprognose die Situation in Afrika. Südlich der Sahara hat sich die Zahl der extrem Armen zwischen 1981 und 2005 sogar fast verdoppelt, wobei deren prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung für diesen Zeitraum konstant bei 50 Prozent liegt. Die Vereinten Nationen verweisen in ihrer MDG-Halbzeitbilanz auf die negativen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, auf den dramatischen Anstieg der Nahrungsmittelpreise sowie auf rückläufiges Engagement der Geberländer. Global lässt sich für das Ziel der Halbierung der extremen Armut festhalten, dass aufgrund großer Erfolge dieses Ziel wohl in China und Indien erreicht werden wird, Afrika aber die einzige Weltregion ist, in der die absolute Zahl der Armen in den letzten zwei Dekaden deutlich zugenommen hat.

Armut hat auch Auswirkungen auf das Erreichen der weiteren Millenniumsentwicklungsziele und schlägt

sich nieder auf die Indikatoren für menschliche Entwicklung (*Human Development Index, HDI*) wie Lebenserwartung, Kinder- und Müttersterblichkeit, Zugang zu sauberem Wasser, zu Gesundheitseinrichtungen und Schulen, die sich in Afrika insgesamt kaum verbessert, zum Teil sogar deutlich verschlechtert haben. Die Auswirkungen des Klimawandels mit Dürren und Überflutungen vernichten Anbauflächen und Ernten, zerstören elementare Lebensgrundlagen und bereits erreichte Entwicklungserfolge. Armut und nachhaltige Entwicklung sind und bleiben die zentralen Herausforderungen Afrikas, die von afrikanischen Regierungen selbst und mit Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft noch intensiver angegangen werden müssen.

Aufgrund der Einsicht in die essentielle Bedeutung von Bildung fordert das zweite Millenniumsentwicklungsziel, allen Kindern weltweit bis 2015 eine Grundschulausbildung zu ermöglichen. Schließlich ist Bildung ein Menschenrecht und zugleich eine unabdingbare Voraussetzung für Entwicklung. Trotz eines verbesserten Zugangs zu Primarbildung, auch für Mädchen, wird dieses ambitionierte Ziel in Afrika nicht erreicht. Zwar wurden in zahlreichen Ländern die offiziellen Schulgebühren, die oft einen großen Teil des Einkommens der Haushalte aufgezehrt haben, abgeschafft, und die Zahl der Schulkinder stieg teilweise sogar deutlich. Dennoch besuchen Millionen von Kindern keine Schulen, lernen weder Lesen noch Schreiben. Ihr geistiges und ökonomisches Potential wird daher kaum genutzt.

FRAGILE STAATLICHKEIT, KRIEGE UND KONFLIKTE

Der afrikanische Kontinent war in den letzten vierzig Jahren Schauplatz von mehr gewaltsamen Konflikten und Kriegen als jede andere Region der Welt. Dabei kamen in Afrika mehr Menschen ums Leben als in allen anderen Regionen der Welt zusammen. Auch heute findet ein Drittel der derzeit 24 größeren bewaffneten Konflikte bzw. Kriege in Afrika statt. Dabei handelt es sich fast immer um innerstaatliche Konflikte, teilweise auch mit grenzüberschreitender Dimension, bei denen nichtstaatliche Gewaltakteure eine wichtige Rolle spielen.

Als Gründe für das Versagen afrikanischer Staaten und für Konflikte und Kriege gelten vor allem Faktoren wie Machterhalt oder Machtzuwachs, die von Kolonialmächten willkürlich gezogenen Staatsgrenzen, welche die ethnischen, religiösen, sprachlichen und kulturellen Bedingungen der Bevölkerung kaum oder nicht berücksichtigen und die zudem heterogene und fragmentierte Gesellschaften beheimaten. Ferner führen die

ungleiche Verteilung natürlicher Ressourcen innerhalb eines Landes oder einer Region sowie die Unfähigkeit und/oder Unwilligkeit von Regierungen, die Lebensbedingungen für die Menschen zu verbessern, zu Konflikten. Die klimabedingte Verknappung natürlicher Ressourcen hat zwar bisher keine kriegerischen Konflikte ausgelöst, aber bereits bestehende Konflikte verstärkt.

Die Konflikte führen in Afrika nicht nur zur Zerstörung menschlichen Lebens, zu derzeit über 2 Millionen Flüchtlingen sowie 13 Millionen Binnenvertriebenen, sondern auch zu zerstörter Infrastruktur, Kapitalflucht, Investitionsrückgang und schrumpfender Wirtschaftsleistung. Die Konflikte absorbieren hohe Summen der internationalen Staatengemeinschaft für verschiedene Formen der Intervention (militärisch, zivil, humanitär). Allein die Intervention der Vereinten Nationen in der DR Kongo (*United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of the Congo, MONUC*) kostet pro Jahr über eine Milliarde US-Dollar.

Zunehmende Klimaveränderungen können in afrikanischen Ländern, die hiervon in besonderer Weise betroffen sind, zu verschiedenen Konfliktkonstellationen führen. So können geringere Regenfälle und eine stark wachsende Bevölkerung mit steigenden Ansprüchen das bereits bestehende Problem des Zugangs zu sauberem Trinkwasser verschärfen. Die Verknappung von Wasser und eine zunehmende Desertifikation können zu einem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und zu Ernährungskrisen und Verteilungskonflikten führen. Eine Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen sowie ein Anstieg des Meeresspiegels kann in Regionen mit ohnehin schwachen ökonomischen und politischen Kapazitäten eine erhebliche Konfliktwirkung entfalten und zu Migration führen, welche wiederum zu einer Verschärfung des Konfliktpotentials in den Transit- und Zielregionen beiträgt.

Als Folge des Klimawandels in Afrika ergeben sich zahlreiche Gefährdungen für die internationale Stabilität und Sicherheit. Hierzu zählen die mögliche Zunahme von schwachen und fragilen Staaten mit unabsehbaren Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung, Risiken wachsender Verteilungskonflikte zwischen Hauptverursachern und Hauptbetroffenen, die Gefährdung der Menschenrechte und der Legitimation der Industrieländer als Global-Governance Akteure, die Induzierung und Verstärkung von Migration und die Überforderung klassischer Sicherheitspolitik.

Als regionale Brennpunkte möglicher klimabedingter Konflikte in Afrika gelten drei Regionen. In Nordafrika ist das bevölkerungsreiche Nildelta gefährdet. Der Klimawandel verursacht weiteren Stress in der Sahelzone, die ohnehin durch schwache Staaten (wie

Somalia und Tschad), Länder mit Bürgerkriegen (wie Sudan und Niger) und Länder mit Flüchtlingsströmen (wie Somalia und Sudan) geprägt ist. Im südlichen Afrika würde der Klimawandel die Leistungsfähigkeit der Staaten überfordern und menschliche Sicherheit würde sich in den ohnehin armen Gesellschaften verschlechtern. Der Klimawandel kann gerade in Afrika vom Entwicklungsproblem zur Sicherheitsbedrohung werden sowie als Bedrohungsmultiplikator bestehende politische Probleme und schwelende Konflikte intensivieren und zu weiterer staatlicher Fragilität führen.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND DEMOKRATIE

Die Situation der Menschenrechte und die Qualität von Rechtsstaatlichkeit haben sich in Afrika insgesamt verbessert, politische und bürgerliche Rechte und Freiheiten haben in vielen Ländern zugenommen. Die Einrichtung einer Afrikanischen Kommission für Menschenrechte durch die Afrikanische Union, die Etablierung eines Afrikanischen Gerichtshofs für Gerechtigkeit und Menschenrechte sowie die Arbeit regionaler Gerichtshöfe sind als positive Entwicklungen anzusehen.

Die Verbesserung der institutionellen Voraussetzungen zum Schutz der Menschenrechte in Afrika in der letzten Dekade darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die faktische Lage der Menschenrechte in Afrika im weltweiten Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich ist. Dies hat nicht nur mit der großen Zahl von Konflikten und Kriegen zu tun, die von zahlreichen Toten, Vergewaltigten, Flüchtlingen, Kindersoldaten und anderem mehr begleitet sind. Langsame Justizsysteme, jahrelange Verfahren und mitunter katastrophale Haftbedingungen untergraben rechtsstaatliche Prinzipien. Das ausdrückliche Ignorieren des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den sudanesischen Präsidenten Al Bashir durch ostentativ gezeigte Solidarität afrikanischer Präsidenten mit ihm, die Nichtumsetzung von Gerichtsurteilen wie beispielsweise das Urteil des *Southern African Development Community* (SADC) Tribunals zur Enteignung von Farmern in Simbabwe durch deren Regierung haben gezeigt, dass das hieraus sprechende Verständnis moderner Rechtsstaatlichkeit noch weit von den Grundsätzen der UN entfernt ist.

In den letzten zwei Dekaden hat die Zahl der Länder in Afrika, die formal als Mehrparteiendemokratien bezeichnet werden können, deutlich zugenommen. Demokratie scheint sich als formales politisches Ordnungsprinzip in Afrika durchgesetzt zu haben, die Zahl der Ein-Parteien-Systeme, der Militärputsche und gewaltsamen Machtübernahmen ist deutlich zurückgegangen. Auch die Bereitschaft afrikanischer Regionalorganisationen, dies hinzunehmen, ist gesunken.

Meinungsumfragen bestätigen einerseits, dass eine Mehrzahl der Menschen in Afrika Ein-Parteien-Regierungen und Militärregierungen ablehnen und eine Mehrparteiendemokratie autokratischen Regierungsformen vorzieht. Andererseits äußert ein Großteil der Befragten Skepsis, was demokratische Einstellungen und Gute Regierungsführung betrifft. Die Durchführung von Wahlen sagt schließlich noch nicht viel darüber aus, ob diese tatsächlich frei und fair waren, ob demokratische Einstellungen in der Bevölkerung und bei Entscheidungsträgern und Eliten wirklich gegeben sind. Fast die Hälfte der Befragten ist der Überzeugung, missliebige politische Führer nicht durch Wahlen loswerden zu können. Das Phänomen, wonach dominante Regierungsparteien bei Wahlen mit einer Beteiligung von mitunter fast 100 Prozent schließlich über 70 Prozent der Stimmen erzielen, bietet berechtigten Anlass zur Sorge um die Qualität von Demokratie in Afrika. Trotz der Durchsetzung von Demokratie als formalem politischem Ordnungsprinzip gelten viele sogenannte Demokratien in Afrika im Grunde als defekt oder gar als Autokratien. Zwar ist dabei der Herrschaftszugang durch „Fassadenwahlen“ gesichert, es fehlt aber oft an gesicherten politischen und bürgerlichen Grundrechten sowie an rechtsstaatlicher Gewaltenteilung und folglich deren Kontrolle. Daher müssen viele afrikanische Staaten als hybride Regime gelten. Dies bestätigt der Freedom House Index¹, der in seinem Bericht von 2010 substantielle Rückschritte in Afrika feststellt. Ähnlich stellt der Bertelsmann Transformationsindex 2010 fest, dass die Qualität demokratischen Regierens gerade in den hybriden Regimen Afrikas stark nachgelassen habe und diese erhebliche Demokratiedefizite aufzeigen.

Als besonders bedenklich gilt in Afrika außerdem die bislang oft mangelhafte Umsetzung der Prinzipien Guter und verantwortungsvoller Regierungsführung, die nicht einfach nur einen funktionierenden Staat voraussetzt, sondern auch die aktive Rolle der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors mit einschließt. Gute Regierungsführung meint neben der Qualität politischer Prozesse und Organe der Entscheidungsfindung, d. h. (demokratische) Legitimation, auch und gerade die verantwortungsvolle Verwaltung, Bereitstellung und Sicherung öffentlicher Güter und Dienstleistungen für alle Bevölkerungsteile und -schichten und zielt somit auf nachhaltige Entwicklung sowie auf das langfristige Wohl der gesamten Bevölkerung. Defizite in der Regierungsführung, die auch Korruption einschließen, stellen in vielen Ländern Afrikas jedoch bereits erreichte Entwicklungserfolge in Frage und verhindern potentielle weitere Entwicklung.

1 | Dieser misst seit 1972 die politischen und bürgerlichen Freiheiten und Rechte in derzeit 193 Ländern.



Mangelnde Stabilität und Entwicklung gefährden nach wie vor die jungen Demokratien vieler afrikanischer Staaten.

Dabei müssen – trotz teilweise gemeinsamer Phänomene – drei Typen von Staaten mit Defiziten in der Regierungsführung unterschieden werden, nämlich

- sogenannte fragile Staaten, die über kein legitimes Gewaltmonopol verfügen, deren politische Machtkontrolle defizitär ist und deren Rechtswesen kaum existiert; deren Sicherheitsapparate weder für Frieden nach innen noch nach außen sorgen und nationale Ressourcen nicht sichern können; die keine zentralen staatlichen Dienstleistungen in den Bereichen Infrastruktur, soziale Grundsicherung, Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung, Umweltschutz anbieten können; deren politische Institutionen und Gewaltenteilung nicht funktionieren; die keine oder nur bedingt unabhängige rechtsstaatliche Institutionen und Verfahren kennen und Korruption nicht zu bekämpfen in der Lage sind.
- Regierungen, denen der Wille zur entwicklungsorientierten Gestaltung fehlt. Entwicklungsorientierung spielt hier gegenüber dem Machterhalt bzw. der -verlängerung eine (sofern überhaupt vorhanden) nur untergeordnete Bedeutung, Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gerade an Minderheiten herrschen vor, Korruption und Intransparenz sind an der Tagesordnung. Nicht selten handelt es sich hier um Länder in Post-Konflikt-Situationen. Wegen ihrer „Schlechten Regierungsführung“ werden sie gerade in der Entwicklungszusammenarbeit als schwierige Partner bezeichnet.
- Staaten bzw. Regierungen, die aufgrund fehlender Ressourcen und/oder Institutionen eine nur bedingte politische, wirtschaftliche und soziale Gestaltungsfähigkeit besitzen. Der ausdrückliche Wille zu entwicklungsorientiertem Handeln ist gegeben, scheitert jedoch an den mangelhaften strukturellen Voraussetzungen zur Umsetzung.

Aufgrund des zentralen Stellenwertes Guter Regierungsführung für Entwicklung und der zum Teil

gravierenden Defizite in der Regierungsführung in Afrika (die meisten der so genannten fragilen Staaten oder sogenannten schwierigen Partnerländer befinden sich in Afrika) muss diesem Problem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies umfasst ausdrücklich auch die Sicherstellung von Meinungs- und insbesondere Pressefreiheit sowie die Stärkung des gesellschaftspolitischen Auftrags der Medien.

Das politisch unkonditionierte Engagement vor allem Chinas unterläuft bisweilen internationale Bemühungen, Mindeststandards Guter Regierungsführung verbindlich durchzusetzen. Hohe Militärausgaben afrikanischer Staaten von durchschnittlich 10 Prozent (während nur 4 Prozent für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur verwendet werden) verringern die Spielräume für vernünftige Prioritäten bei den Staatsausgaben und gelten nicht als Ausdruck entwicklungsorientierter Haushaltsführung.

Korruption ist zwar ein weltweites Phänomen, stellt sich aber gerade in Afrika als besonders weit verbreitet und gravierend dar. Afrikanische Länder, insbesondere die mit hohem Vorkommen an natürlichen Ressourcen, sind besonders an- und auffällig für die intransparente Verwendung der Erlöse. Auf Mikro- wie auf Makroebene führt Korruption zu Rechtsunsicherheit und Steuerausfällen und verringert oder verhindert notwendige Investitionen und Entwicklung.

WIRTSCHAFT UND HANDEL

Das Bruttosozialprodukt Afrikas liegt derzeit bei über 1.000 US Dollar pro Kopf und ist damit höher als das vieler Schwellenländer oder G 20 Mitglieder. Das Wirtschaftswachstum der Jahre 2002 bis 2007 lag konstant über 5 Prozent und war damit höher als das globale Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum. Der Anteil Afrikas an der Weltwirtschaft ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, in den Jahren 2000 - 2008 um 50 Prozent (von 2,1 auf 3,2 Prozent)

Allerdings sind diese wirtschaftlichen Fakten und Daten zu Afrika von extremen Disparitäten geprägt und müssen immer in Relation gesehen werden zu externen, globalen Faktoren. So werden etwa 25 Prozent von Afrikas gesamter Wirtschaftsleistung allein in Südafrika erarbeitet, das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt ist äußerst ungleich verteilt und liegt in Südafrika bei 5.914 US-Dollar, in Burundi bei 115 US-Dollar. Der GINI-Koeffizient, der die ungleiche Verteilung von Vermögen innerhalb eines Landes misst, weist seit Jahren für afrikanische Länder erhebliche Ungleichheiten auf. Ein sehr geringer Anteil der Bevölkerung in Afrika erwirtschaftet bzw. besitzt einen Großteil des volkswirtschaftlichen Vermögens.

Zwar hatte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise geringere Auswirkungen auf Afrikas Ökonomien und deren Wachstum als auf den Rest der Welt. Während die Wirtschaft 2009 global um 2,2 Prozent, in der entwickelten Welt um 3,5 Prozent schrumpfte, die wirtschaftliche Entwicklung also negativ war, sank das Wirtschaftswachstum in Afrika von über 5 Prozent (2007) auf „nur“ 1,6 Prozent (2009). Fallende Rohstoffpreise, rückläufige ausländische Direktinvestitionen und geringere Überweisungen von Exil-Afrikanern in ihre Heimat hatten das afrikanische Wirtschaftswachstum gebremst. Eine regionale und sektorale Detailanalyse lässt zudem erkennen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika regional stark unterschiedlich ist. In Ostafrika 2008 lag das Wachstum bei 3,9 Prozent, im südlichen Afrika bei minus 1,6 Prozent. Außerdem ist dieses im weltweiten Vergleich relativ große Wachstum insgesamt nicht hoch, breit und nachhaltig genug, um mit dem Bevölkerungswachstum in Afrika von 3 Prozent Schritt zu halten, negative soziale Entwicklungen oder durch Krankheiten wie HIV/Aids, Malaria oder Tuberkulose hervorgerufene volkswirtschaftliche Schäden zu kompensieren und eine hinreichende, Armut mindernde Wirkung zu erzielen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF), wonach das Wirtschaftswachstum für Afrika auf 4 Prozent für 2010 und auf 5 Prozent für 2011 steigt, bewahrheiten werden.

Die Handelsbeziehungen zwischen China und afrikanischen Ländern sind seit dem Jahr 2000 um das Zehnfache auf über 100 Milliarden US Dollar gestiegen. China ist damit einer der größten Handelspartner, Afrika ein interessanter Absatzmarkt für chinesische Billigprodukte. Selbst in Südafrika ist China an Deutschland als bislang größtem Handelspartner vorbeigezogen. Deutsche Firmen verlieren zunehmend Handelsanteile. Trotz der deutlichen Steigerung von 2,1 Prozent (2000) auf 3,2 Prozent (2008) ist Afrikas Anteil am Welthandel nach wie vor marginal. Dies ist insofern bemerkenswert, als 15 Prozent der Weltbevölkerung in Afrika leben und der Kontinent zahlreiche strategisch wichtige Rohstoffe besitzt wie reiche Ölfelder in Angola, Nigeria, Sudan, Tschad, Kamerun und andere, einen Großteil des weltweiten Goldes und Diamantenvorkommens, 90 Prozent des Kobalts, 50 Prozent der Phosphate, 40 Prozent des Platins und große Mengen des derzeit stark nachgefragten Urans und Coltans. Da der Verkauf dieser Ressourcen – gerade der mineralischen Güter wie Öl, Gold und Diamanten – selten transparent gehandhabt wird, kommt deren Erlös nur bedingt der breiten Bevölkerung zugute. Regierungen, die sich stark aus den Erlösen aus diesen Ressourcen finanzieren, sind kaum auf Steuereinnahmen oder eine diversifizierte Wirtschaft bzw.



Viele Wirtschaften Afrikas sind einseitig auf natürliche Ressourcen ausgerichtet, die industrielle Infrastruktur ist nicht so entwickelt, wie es notwendig wäre.

Industrie angewiesen. Viele Ökonomien Afrikas sind einseitig auf diese Ressourcen ausgerichtet, die industrielle Infrastruktur meist kaum diversifiziert. Mineralische Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte werden zu niedrigen Weltmarktpreisen exportiert, Investitionsgüter aber (meist teuer) importiert, was zu strukturellen Außenhandelsdefiziten führt. Trotz des Vorhandenseins überwiegend rohstoffbasierter Industrien gilt Südafrika als der einzige Industriestaat Afrikas, bei fast allen anderen handelt es sich um Agrarstaaten. Aufgrund der meist prekären Energieversorgung in afrikanischen Ländern mit regelmäßigen Stromausfällen ist eine geordnete Industrieproduktion kaum möglich. Die Relevanz von Energieversorgung zeigt sich am Beispiel Nigerias. Das Land mit seinen 140 Millionen Einwohnern generiert nur etwa 10 Prozent des Stromes, den Südafrika für seine ca. 50 Millionen Einwohner zur Verfügung hat. So müssen etwa nigerianische Mobilfunkbetreiber einen Großteil ihres Netzes mit von Generatoren produziertem Strom betreiben.

Die Abkommen von Lomé und Cotonou haben diese Situation bisher nicht signifikant zugunsten afrikanischer Märkte verändert. Neuere Handelsabkommen mit der EU (*Economic Partnership Agreements, EPA*) und den Vereinigten Staaten (*African Growth and Opportunity Act, AGOA*) werden von afrikanischen Regierungen zunehmend kritisch gesehen. Einige fühlen sich von den wirtschaftlichen Großmächten benachteiligt. Die Afrikanische Union, die seit März 2010 Mitglied im Kreis der 79 EU-Partnerländer aus Afrika, der Karibik und des Pazifik (AKP) ist, erhofft sich hierdurch größeren Einfluss auf die Gestaltung der Beziehungen mit der EU, gerade was die Verwendung der Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds betrifft sowie die seit Jahren stockenden Verhandlungen um Handelsabkommen.

Die zunehmende Zahl bi- und multilateraler Abkommen westlicher Regierungen mit afrikanischen Ländern hat die Dynamik der regionalen, vor allem wirtschaftlichen Integration in Afrika nicht befördert und hatte zudem negativen Einfluss auf den innerafrikanischen Handel. Zwar ist innerafrikanischer Handel, der durchaus Potential birgt, in der letzten Dekade insgesamt gestiegen, nach wie vor jedoch gilt er als schwach ausgeprägt. Dies liegt am mangelnden politischen Willen, an einem bisweilen wenig interessantem Produktangebot sowie an geographischen Determinanten wie Marktferne und Marktbegrenzung der zahlreichen afrikanischen Klein- und Binnenstaaten mit meist unzureichender Infrastruktur und hohen Transportkosten, was zu Wettbewerbsnachteilen führt. Ineffiziente und mehrfache Zollprozeduren, politische Instabilität und Unwägbarkeiten, auch Unsicherheit von Handelspolitiken behindern innerafrikanischen Handel.

INVESTITIONEN UND ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

Die globale Wirtschaftskrise hat sich auch auf die ausländischen Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investment, FDI*) niedergeschlagen. Stiegen diese privaten Investitionen in Afrika (laut Bericht der *United Nations Economic Commission for Africa, UNECA*, 2010) zwischen 2003 und 2008 von 20 Mrd. auf 87 Milliarden US-Dollar, fielen sie 2009 um die Hälfte und damit stärker als im globalen Vergleich, der bei 43 Prozent im Jahr 2009 lag. Außerdem konzentrieren sich die ausländischen Direktinvestitionen auf einige wenige rohstoffreiche Länder wie Algerien, Angola, Ägypten, Nigeria, Südafrika und Sudan. Unter den wichtigsten zwanzig Investoren in Afrika befinden sich Länder wie China, Indien, Malaysia und Singapur. Chinesische Investitionen, oft Gegenleistungen für Öllieferungen, fließen gerade in den Aufbau von Infrastrukturprojekten, bei denen chinesisches Material und Personal zum Einsatz kommt und von denen der afrikanische Arbeitsmarkt oder die lokale Wirtschaft kaum profitieren.

Während ausländischen Direktinvestitionen innerhalb anderer Regionen eine größere Bedeutung zukommt (in der Region ASEAN – Association of Southeast Asian Nations – machen diese intra-regionalen FDI 30 Prozent aus), stellen diese intra-afrikanischen Direktinvestitionen nur insgesamt 13 Prozent (überwiegend aus Südafrika) dar.

Ordnungspolitische Defizite gelten dabei als Gründe für die strukturell geringen ausländischen Direktinvestitionen. Marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen mit Investitionsanreizen sowie notwendige Rechtssicherheit für in- wie ausländische Investitionen sind

nicht in allen Ländern Afrikas gegeben. Sechs der zehn Länder mit den schlechtesten Voraussetzungen beim Aufbau von Unternehmen liegen laut Weltbank in Afrika. Die nicht immer transparente Vergabe öffentlicher Aufträge benachteiligt oft ausländische Unternehmen. Preiskontrollen, Enteignungen und die Sozialisierung von Privatvermögen, die, wie exemplarisch in Simbabwe vorgeführt, nicht selten der Begünstigung der eigenen politischen Klientel dienen, führen zu Kapitalflucht, die bei ca. 50 Milliarden US Dollar pro Jahr liegt. Die Abwanderung von jährlich ca. 20.000 hochqualifizierten Afrikanern stellt auch volkswirtschaftlich einen großen Verlust dar. Ein großer Teil des afrikanischen Kapitals (ca. 40 Prozent), der zum Aufbau nachhaltiger wirtschaftlicher Strukturen notwendig wäre, ist außerhalb Afrikas investiert. Dies zeugt nicht gerade von großem Vertrauen der Afrikaner in die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft und sendet die falschen Signale an ausländische private Investoren.

Afrika erhält den Großteil internationaler offizieller Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance, ODA*) sowie privater Spenden, die statistisch nicht exakt erfasst werden können. 34 Prozent der ODA flossen 2008 nach Sub-Sahara Afrika (44 Mrd. US-Dollar), was in vielen Fällen zu massiven Abhängigkeiten nationaler Haushalte von diesen ausländischen Kapitalzuflüssen und Nettozahlungen führte. In einigen Ländern liegt der ODA-Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei über 40 Prozent (2006: Burundi 45 Prozent, Liberia 58 Prozent), der ODA-Anteil an den öffentlichen Haushalten teilweise über 50 Prozent. Während der Pro-Kopf-Betrag an ODA in allen Entwicklungsregionen bei 24 US-Dollar liegt (2008), erreicht er in Afrika 45 US-Dollar (2008).

Die Mehrzahl der Gläubigerländer der Weltbank und des IWF liegen in Afrika. Die Auslandsverschuldung afrikanischer Länder beeinträchtigt aufgrund des zu leistenden Schuldendienstes notwendige Investitionen in Infrastruktur und Humankapital und somit das Wirtschaftswachstum. Um gerade hochverschuldete Länder zu entlasten und deren Schulden auf ein tragbares Niveau zu reduzieren, finden seit Mitte der 1950er Jahre im Rahmen der Vereinbarungen des Pariser Clubs Umschuldungs- und seit über einer Dekade auch Entschuldungsmaßnahmen mit den am meisten verschuldeten Ländern statt. Von der 1996 ins Leben gerufenen *Highly Indebted Poor Countries Initiative* (HIPC) haben zahlreiche, vor allem afrikanische Länder, profitiert. Diese Initiative wurde schließlich nach einer Entscheidung des G8-Gipfels in Gleneagles (2005) erweitert um eine *Multilateral Debt Relief Initiative* (MDRI), die 2006 implementiert wurde. Von den 26 Ländern, die hierbei erfolgreich

entschuldet wurden, sind 21 aus Afrika (80 Prozent), weitere acht Länder (von neun beteiligten Ländern) haben die Voraussetzungen zur erfolgreichen Entschuldung erreicht (89 Prozent). Vier (von fünf) Ländern, die zur Entscheidung anstehen, sind aus Afrika. Da die Ursachen für die hohe Auslandsverschuldung oft strukturelle Probleme wie die hohe Abhängigkeit von Weltmarktpreisen und exogene Schocks (hohe Treibstoffpreise) sind, steht zu befürchten, dass viele dieser Länder bald wieder überschuldet sein werden.

DEMOGRAPHIE UND MIGRATION

Afrika ist der Kontinent mit dem weltweit größten Bevölkerungswachstum. Das Bevölkerungsprogramm der Vereinten Nationen (UNPD) geht in seinen Projektionen für das Jahr 2050 von einer Verdoppelung bis hin zu einer Verdreifachung der Bevölkerung Afrikas auf 2 bzw. 3 Milliarden Menschen aus. Der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre und hat nur begrenzte Aussichten auf einen Arbeitsplatz im formalen Sektor. Problematisch ist, dass bereits derzeit 30 Prozent der afrikanischen Bevölkerung in Gegenden leben, die von Trockenheit und Dürre geprägt sind, und 25 Prozent der Afrikaner keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben sowie unter „Wasserstress“ leben. So wird der Zustand genannt, bei dem nicht genügend sauberes Wasser zur Verfügung steht und es zu Konflikten kommen kann. Das Risiko von „Wasserstress“, dem im Jahre 2000 schon 47 Prozent der afrikanischen Bevölkerung ausgesetzt waren, wird für das Jahr 2025 auf bis zu 65 Prozent prognostiziert, was maßgeblich mit erhöhtem Wasserbedarf aufgrund der Bevölkerungszunahme zusammenhängt.

Verschärft wird die demographische Entwicklung in Afrika durch den weltweit höchsten Zuwachs an Urbanisierung. Lebten 1980 noch weniger als 25 Prozent der Afrikaner in Städten, waren es 2005 bereits 35 Prozent. Schätzungen von UNPD gehen davon aus, dass Mitte dieses Jahrhunderts 50 Prozent der Bevölkerung, also ca. 1 Milliarde Menschen, in Afrika Stadtbewohner sein werden. In Westafrika leben bereits jetzt 40 Prozent der Bevölkerung in den ohnehin bevölkerungsreichen Küstenstädten, und es wird damit gerechnet, dass sich die 500 Kilometer lange Küste zwischen Accra und dem Nigerdelta bis 2020 zu einer einzigen Megastadt mit 50 Millionen Bewohnern entwickelt. Auch wenn die derzeitige Urbanisierungsquote in Afrika unterhalb der weltweiten Quote von jetzt bereits 50 Prozent liegt, geht sie einher mit gravierenden sozialen Problemen. Die Hoffnung auf ein besseres Leben in den Städten führt schließlich nicht nur zu Landflucht, sondern auch zu einer Urbanisierung der Armut in städtischen Slums, einer erschwerten Nahrungssituation und zunehmender Kriminalität.

Bereits heute gelten afrikanische Metropolen als weltweit gefährlichste Lebensräume mit den höchsten Raten an Kapitalverbrechen und Gewalt- bzw. Eigentumsdelikten.

Migration hat in Afrika zahlreiche Gründe und Ursachen. Meist sind es Konflikte und Kriege, aber auch die klimabedingte Verschlechterung der natürlichen Lebensbedingungen und der Ernährung sowie arbeitsbedingte Migration tragen dazu bei. Laut UNHCR (*United Nations High Commissioner for Refugees*) (2007) leben von den weltweit 11,4 Millionen Flüchtlingen 2,3 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Dies ist ein leichter Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren und eine deutliche Verbesserung zu 1990, als die Zahl der Flüchtlinge in Afrika mit fast 6 Millionen ihren Höchststand hatte. Dabei verbleiben 83 Prozent der afrikanischen Flüchtlinge übrigens in Afrika. Bedenklich hoch ist nach wie vor die Zahl der Binnenvertriebenen, die auf fast 13 Millionen Menschen (überwiegend in Zentralafrika und am Horn von Afrika) sogar etwas anstieg. Anlass zu Sorge bereitet außerdem die zunehmende Zahl von Migranten, die meist aus Mangel an wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven unter bisweilen lebensgefährlichen Bedingungen nach Europa aufbrechen.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND GESUNDHEIT

Die Landwirtschaft gilt als das wirtschaftliche Rückgrat Afrikas. Schließlich arbeiten 58 Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft, 75 Prozent der Bevölkerung leben davon, obwohl dieser Sektor nur 16 Prozent von Afrikas Bruttoinlandsprodukt hervorbringt. Zunehmende Landflucht und die Auswirkungen des Klimawandels verändern bereits jetzt ländliche Räume auf dem Kontinent. Der Weltklimarat geht davon aus, dass in den nächsten Jahren aufgrund des Klimawandels landwirtschaftlich nutzbare Flächen deutlich reduziert, andere Flächen von Degradation in Mitleidenschaft gezogen sein werden. Insbesondere der Anbau von Getreide wäre hiervon stark betroffen, im südlichen Afrika würde die Produktion von Mais stark in Mitleidenschaft gezogen, der Anbau von Weizen würde bis 2080 demnach sogar in Afrika gänzlich verschwinden – mit erheblichen Auswirkungen auf die Ernährungssituation von Millionen von Menschen in Afrika. Länder in Ost- und Zentralafrika würden zwischen 5 und 25 Prozent, in Westafrika und im südlichen Afrika eventuell sogar über 25 Prozent ihrer landwirtschaftlichen Produktion verlieren.

Die Verknappung von Nahrungsmitteln in Afrika wird zudem verschärft durch den gestiegenen Bedarf an Biokraftstoffen und an Futtermitteln sowie durch das Auftreten ausländischer Agrarunternehmen, die große



Wie kaum ein anderer Kontinent ist Afrika von Migration betroffen. Das Recht auf Heimat kann oftmals aus Mangel an Ressourcen und Überlebenschancen gar nicht wahrgenommen werden.

landwirtschaftliche Flächen des Kontinents für den Anbau von Nahrungsmitteln für Märkte außerhalb Afrikas nutzen. Schätzungen zufolge wurden in den letzten zwei Jahren mindestens 20 Millionen Hektar afrikanischen Bodens an mehr als dreißig Länder (allen voran China und die Golfstaaten) verkauft bzw. für einen Zeitraum von dreißig bis hundert Jahren verpachtet. Außerdem werden diese landwirtschaftlichen Flächen zunehmend – als ausländische Direktinvestitionen in die Landwirtschaft – zum Gegenstand internationaler Spekulationen.

Trotz massiver Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose, die in anderen Regionen der Welt kaum mehr eine Rolle spielen, in Afrika auszurotten, wo sie bisweilen sogar ein Massenphänomen darstellen. So sind etwa 500 Millionen Menschen weltweit an Malaria erkrankt, fast eine Million stirbt jährlich daran, die meisten davon in Afrika.

Afrika ist außerdem die von der HIV/Aids-Pandemie am stärksten betroffene Region der Welt. Laut UNAIDS (*Joint United Nations Programme on HIV/AIDS*) lebten 2008 in Afrika südlich der Sahara 67 Prozent aller HIV-Infizierten weltweit (22,4 Millionen Menschen), 68 Prozent aller neuinfizierten Erwachsenen und 91 Prozent aller neu infizierten Kinder (insgesamt 1,9 Millionen Menschen). 75 Prozent aller durch HIV/Aids bedingten Todesfälle (1,4 Millionen Menschen) sind in Afrika zu verzeichnen. Die Zahl der Kinder, die 2008 einen oder beide Elternteile durch Aids verloren haben, wird auf 14 Millionen geschätzt. Bei der HIV/Aids-Pandemie sind allerdings große regionale und lokale Unterschiede festzustellen, wobei die Region Südliches Afrika (2007: 16 Prozent) deutlich stärker betroffen ist als Ostafrika (2007: 6 Prozent)

und West- und Zentral Afrika (2007: 4,5 Prozent). Während die Pandemie in Mosambik weiter wächst, hat sie sich in Malawi, Sambia und Südafrika auf allerdings hohem Niveau (mit über 5 Millionen HIV-Infizierten allein in Südafrika) stabilisiert. In Ländern wie Mali oder Nigeria ist die Zahl der Infektionen rückläufig. Insgesamt sind Frauen und Mädchen in Afrika südlich der Sahara mit ca. 60 Prozent überproportional stark von HIV/Aids betroffen. Dies hat nicht nur mit größerer physiologischer Empfänglichkeit von Frauen für die Immunschwächekrankheit zu tun, sondern auch mit der Stellung der Frau in der Gesellschaft und deren mangelndem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Neben humanitären Problemen führen HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und andere Krankheiten auch zu zahlreichen sozioökonomischen Herausforderungen. Auf der Mikroebene sind der Zusammenbruch sozialer Strukturen, die Verarmung privater Haushalte, der Verlust von qualifizierten Arbeitskräften für den privaten wie den öffentlichen Sektor zu verzeichnen. Auf der Makroebene führen diese Krankheiten zu geringerem Wirtschaftswachstum, demographischen Veränderungen (verringerte Lebenserwartung), geringeren Steuereinnahmen, einer Umleitung von Mitteln in das Gesundheitswesen (statt in den investiven Bereich) sowie sinkenden Konsum- und Sparraten.

KLIMAVERÄNDERUNGEN UND DESERTIFIKATION

Der afrikanische Kontinent mit hochkomplexen Ökosystemen und einer einmaligen Artenvielfalt erlebt die Auswirkungen des derzeitigen Klimawandels in massiver Weise, ohne diesen durch seinen Energieverbrauch und seine verhältnismäßig geringen Emissionen an CO₂ in dieser Form verursacht zu haben. Zwar wurden Hitze und Dürre, Fluten und Wirbelstürme seit jeher quasi als natürliche Erscheinungen in vielen afrikanischen Ländern wahrgenommen. Seit einigen Jahren vermehren und intensivieren sich aber die Klimakatastrophen mit immer verheerenderen Folgen.

Durch Klimaveränderungen hervorgerufene Dürren oder Überflutungen zerstören das Leben von Menschen und Tieren, vermindern den Zugang zu Trinkwasser, vernichten Anbauflächen und Ernten und damit elementare Lebensgrundlagen, ziehen Afrikas einmalige Ökosysteme und Artenvielfalt, wichtige Infrastruktur (Straßen und Wege, Energieversorgung) in Mitleidenschaft und machen oft mühsam erarbeitete Entwicklungsfortschritte zunichte. Die zunehmende Desertifikation großer Gebiete in Afrika, die vor allem (aber nicht nur) durch Klimaveränderung her-

vorgerufen wird, sowie die Ausweitung bestehender und das Entstehen neuer Wüstenregionen vernichten landwirtschaftliche Anbauflächen und Weidegebiete. Das Abholzen großer Waldflächen, die für den Klimaschutz wichtig sind, verschärft diese Problematik. Schwindende Ressourcen führen zu einer Überbeanspruchung verbliebener landwirtschaftlicher Flächen, zunehmender ländlicher Armut, Massenmigration und Konflikten um die natürlichen Ressourcen von Land und Wasser. Zudem besteht gerade in Afrika das größte Bevölkerungswachstum, welches das Klimaproblem und seine Auswirkungen potenziert. Die Urbanisierung und aufholende weltwirtschaftliche Entwicklung, verbunden mit steigendem Energie- und Ressourcenbedarf, können dabei bereits bestehende oder potentielle Konfliktsituationen oder -konstellationen verstärken. Zugleich rückt die dadurch ebenfalls verstärkt in den Blick tretende Notwendigkeit des Umweltschutzes im Sinne des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen stärker in den Vordergrund (Abfallentsorgung, Wasser etc).

AFRIKA ZWISCHEN TRADITION UND MODERNE: STAAT, KULTUR UND RELIGION

Auf keinem anderen Kontinent der Welt liegen Tradition und Moderne, überkommene Lebensweise und modernste Technik des 21. Jahrhunderts so nah zusammen wie in Afrika. Tief verankerter Ahnenglaube und in einigen Regionen stark praktizierter Voodoo kult existieren in meist friedlicher Kohabitation mit den bildungs- und gesundheitspolitischen Segnungen der Moderne. Dennoch stellen einige Aspekte afrikanischer Tradition und Kultur universal gültige Prinzipien von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Frage. Fehlverstandene oder bewusst manipulativ genutzte Traditionen können bisweilen als Vorwand für den Missbrauch von Menschen und den Machterhalt dienen. Genitalverstümmelung oder der Umgang mit Homosexualität, traditionelle Rechtsprechung in ländlichen Gebieten, die Frauen oft benachteiligen, sowie Formen der Ausübung von Herrschaft ohne partizipative Legitimation sind nicht selten und vielerorts Hindernisse für nachhaltige Entwicklung.

Der Islam und das Christentum, die sich in Afrika neben traditionellen Naturreligionen und Ahnenkulten etabliert und bisweilen interessante synkretistische Glaubensformen hervorgebracht haben, können auf eine tausend Jahre alte relativ friedliche Koexistenz zurückblicken. Etwa 40 Prozent der Menschen in Afrika bekennen sich zum Christentum, bis zu 45 Prozent zum Islam. Fast jeder vierte Muslim weltweit lebt in Afrika, die Hälfte der afrikanischen Muslime spricht dabei nicht arabisch, sondern eine der vielen Sprachen und/oder Dialekte des Kontinents. So konnte



Auch im Umgang mit der Umwelt im Sinne des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen wird sich das Schicksal Afrikas entscheiden.

der Islam vielerorts auch Teil der afrikanischen Kultur werden, so wie das Christentum in vielen Ländern Kultur maßgeblich prägt. Wie das Christentum stellt auch der Islam einen politischen und soziokulturellen Bezugsrahmen und eine Identität stiftende Größe für viele Menschen dar. Dabei gilt in allen Ländern in Sub-Sahara Afrika, mit Ausnahme des Sudan, die Trennung von Staat und Religion. Die Scharia als islamische Rechtsordnung hat sich, von einigen Regionen und Provinzen wie beispielsweise in Nigeria abgesehen, nicht gegen die meist modernen Verfassungen und konstitutionellen Demokratien durchgesetzt. Der in Afrika facettenreiche Islam gilt dabei als tolerant und friedfertig. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben indes zu einer bisweilen verzerrten Wahrnehmung des Islam auch in Afrika geführt und vielfach Muslime unter Generalverdacht gestellt.

Konflikte und Kriege in Afrika wurden in der Folge nicht selten als Ausdruck eines Krieges zwischen Religionen interpretiert, obwohl es sich meist um Machterhalt, ressourcenbezogene oder ethnische Konflikte handelte. Die ungleiche Verteilung der Ressourcen und eine ethnische Gemengelage aus hunderten afrikanischen Völkern und Stämmen, deren Lebensräume oft nicht identisch sind mit den Grenzen der in der Kolonialzeit entstandenen Nationalstaaten, werden meist dann zum Problem, wenn sie von Aufwiegler für deren machtpolitische Interessen instrumentalisiert werden. Religiöse, ethnische und kulturelle Faktoren müssen daher stärker in den politischen Diskurs mit und über Afrika einbezogen werden, um dessen Entwicklungsprozesse und den Weg in die Moderne und globalisierte Welt nachhaltig mit zu gestalten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE POLITIK

Die sich verändernde geopolitische Bedeutung Afrikas im 21. Jahrhundert und die gravierenden wie komplexen Probleme des Kontinents stellen die internationale Staatengemeinschaft und ihre Mitglieder vor große und teilweise neue Herausforderungen. Die klassischen Politikfelder der Entwicklungs- und Außenpolitik, der Wirtschafts- und Umweltpolitik, der Sicherheits- und Innenpolitik, die sich bisher oft unkoordiniert mit Afrika beschäftigt haben, sind für sich gesehen und im jeweiligen Alleingang sicher nicht in der Lage, einen signifikanten Beitrag zur Lösung der Probleme und zur Bewältigung der Herausforderungen Afrikas zu leisten. Deshalb ist es erforderlich, neue Ansätze und neue Wege in der deutschen Afrikapolitik zu erwägen und einzuschlagen. Eine Neubesinnung und Neubestimmung der Beziehungen Deutschlands zu seinem Nachbarkontinent, zu afrikanischen Partnerländern und -institutionen sind daher erforderlich. Die im Folgenden beschriebenen zehn prägnanten und pointierten Thesen stellen dabei ein Plädoyer dar für einen Paradigmen- und Politikwechsel in der deutschen Afrikapolitik.

1. DEUTSCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA ZU EINER DEUTSCHEN AFRIKAPOLITIK ERWEITERN

Die Zukunft Deutschlands in Frieden und Freiheit, in Sicherheit und Wohlstand ist mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Europas und der Welt eng und untrennbar verbunden. Die Interessen Deutschlands in einem vereinten Europa können und müssen dabei zugleich dem Frieden in der Welt dienen. Sowohl bilateral als auch im Kontext der Europäischen Union und der Vereinten Nationen hat sich Deutschland als zuverlässiger Partner Afrikas vielfach bewährt.

Die globalen, europäischen, aber auch nationalen Entwicklungen gerade der letzten Dekade machen jedoch das konstruktive wie kritische Nachdenken über die Weiterentwicklung der Beziehungen Deutschlands zu unserem Nachbarkontinent und zu seinen Ländern

erforderlich. Dies widerspricht nicht dem deutschen Interesse an einer Vertiefung der europäischen Integration und an der Befähigung der Europäischen Union zur Gestaltung internationaler Politik. Es widerspricht auch nicht der Bereitschaft Deutschlands, in multilateralen Gremien der Vereinten Nationen oder von Gruppierungen wie G 8 oder G 20 mitzuarbeiten. Der Zuwachs an geopolitischer und strategischer Bedeutung des europäischen Nachbarkontinents muss jedoch eine adäquate Entsprechung in einer neuen deutschen Afrikapolitik finden, die innerhalb des multilateralen Rahmens der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sowie im Rahmen internationaler Gremien wie der G 20 normativ verankert ist. Dies schließt jedoch eine Akzentverschiebung, neue Schwerpunktsetzung bis hin zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung nicht aus, sondern ein.

Zu Beginn einer neuen Dekade und beschleunigt durch die avisierte Neuordnung der deutschen Entwicklungspolitik hat die Bundesregierung die historische Chance, einen Paradigmenwechsel in ihrer Afrikapolitik zu vollziehen. Dieser muss geprägt sein von

- der Konvergenz von Werten und Interessen,
- der Konsistenz von nationaler Programmatik mit internationaler Politik,
- der Kohärenz von Ressorts und Institutionen.

In einer neuen Afrikapolitik müssen universale Werte wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die Durchsetzung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie konvergieren mit den gemeinsamen und gegenseitigen Interessen Deutschlands und seiner afrikanischen Partnerländer. Konsistenz muss bestehen oder erreicht werden zwischen zentralen (!) Inhalten und programmatischen Positionen Deutschlands mit normativen Positionen europäischer oder multilateraler Institutionen, insbesondere dem Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik (2006) und der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie (2007). Kohärenz muss erzielt werden zwischen den klassischen Arbeitsfeldern der Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts- und Handelspolitik,

der Innen- (Migration) und Umweltpolitik, die in einen vernünftigen Einklang gebracht werden sollen.

Dabei führt die Konvergenz von Werten und Interessen zu mehr Ehrlichkeit im Umgang mit afrikanischen Partnern, die Konsistenz von nationaler Programmatik mit internationalen Vereinbarungen zu mehr Verlässlichkeit deutscher Politik. Die Kohärenz von Ressorts und Institutionen erhöht nicht nur die Effizienz des Mitteleinsatzes, sondern auch und gerade die Glaubwürdigkeit deutscher Afrikapolitik, die bislang mit zu vielen Stimmen und Akteuren und zuweilen sogar einer Nebenaußenpolitik auftrat, die den deutschen Beziehungen zu afrikanischen Partnern selten zuträglich war.

Trotz seiner gravierenden Entwicklungsdefizite darf eine Partnerschaft Deutschlands mit Afrika nicht auf die zwar notwendige, aber nicht hinreichende Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit reduziert werden, sondern muss ihren Ausdruck in einer ressortübergreifenden Afrikapolitik aus einem Guss sowie einem Afrikabeauftragten finden, der ausgestattet ist mit ressortübergreifender Koordinierungskompetenz und einem starken Mandat. Denn auch wenn Krisen und Konflikte, Klimawandel, Migration und unfaire Handelsbeziehungen die Entwicklungspolitik in vielfältiger Weise berühren, reichen solch globale Herausforderungen weit über die Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit hinaus.

2. GEMEINSAME WERTE UND GEGENSEITIGE INTERESSEN TRANSPARENT MACHEN

Die Begründung des internationalen Engagements – gerade für Afrika – mit Altruismus und Menschenfreundlichkeit, wie dies bisweilen suggeriert oder praktiziert wurde, stellt eine Verzerrung der Motivlage und der politischen Realitäten dar. Eine Begründung mit dem Verweis auf die ausschließliche Durchsetzung eigener Interessen verkennt hingegen die Empathiefähigkeit als menschliche Signatur und Triebfeder sowie vernünftig begründete christliche Solidarität als politisches Motiv. Weder die reine Einsicht in die Notwendigkeit der Kooperation aufgrund der Globalisierung und der Verdichtung der Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten noch die Logik der gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit können für sich allein hinreichend beschreiben, was uns mit dem afrikanischen Nachbarkontinent seit jeher verbindet. Philanthropie als ausschließliches Motiv deutscher Afrikapolitik zumal Entwicklungspolitik würde als Camouflage und unehrliche Haltung gegenüber afrikanischen Partnern entzaubert, die neben dem Bedürfnis der echten und solidarischen Anteilnahme am Schicksal Afrikas sehr wohl um den Wunsch nach Teilhabe an dessen Ressourcen wissen. Nur die authentische

Formulierung der Motive und Interessen lässt bei Partnern in Afrika Vertrauen entstehen, nur deren transparente Darstellung (in Wahrheit und Klarheit) eine belastbare Grundlage für politische Beziehungen und internationale Zusammenarbeit entstehen. Will deutsche Afrikapolitik eine erfolgreiche Symbiose zum gegenseitigen Vorteil beider Akteure sein, müssen Werte und gemeinsame Interessen konvergieren. Ausgangspunkt und Prinzip deutscher Afrikapolitik muss deshalb die Orientierung an universal gültigen Werten sowie gemeinsamen, gegenseitigen Interessen an und mit afrikanischen Partnern sein.

Internationale Zusammenarbeit muss ihren Ausgang nehmen in der Würde des Menschen, woraus sich eine moralische und rational begründbare Verpflichtung zur aktiven Anteilnahme mit den Ärmsten dieser Welt ableitet. Deshalb muss das Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent von der Achtung der Menschenwürde, von gegenseitigem Respekt und einer symmetrischen Partnerschaft geprägt sein. Dies schließt eine Reduzierung der Partner auf ihre Rolle als Geber und Nehmer aus und führt zu einer Beziehung auf gleicher Augenhöhe. Der Schutz der Menschenwürde und die Förderung universal gültiger Menschenrechte (als deren rechtliche Kodifizierung) müssen die Grundlage einer Wertepartnerschaft mit Afrika darstellen. Sie muss getragen sein von den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die jegliche christlich-demokratische Politik normativ prägen und sich auch in der Charta der Afrikanischen Union finden. Eine derartige Wertepartnerschaft stellt eine solide Grundlage für eine ehrliche Partnerschaft dar, in der gemeinsame und gegenseitige Interessen verfolgt werden. Schließlich ist Afrika nicht einfach Ort einer Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern ein Kontinent, an dem und an dessen Wohlfahrt die Staatengemeinschaft vitale Interessen besitzt. Das Verfolgen von Interessen darf allerdings die Werte der Partnerschaft nicht unterminieren.

Dabei geht das sicherheitspolitische Interesse an stabilen politischen Verhältnissen einher mit der Verwirklichung von Werten wie Frieden, Sicherheit und Freiheit, so dass auch in Zukunft keine sicherheitsrelevanten Gefahren und globalen Bedrohungen von Afrika ausgehen. Spätestens seit dem 11. September 2001 rücken fragile Staaten, von denen viele in Afrika liegen, als Rückzugsräume für Terroristen und nicht-staatliche Gewaltakteure ins Blickfeld sicherheitspolitischer Überlegungen. Sie sind potentiell konfliktträchtig und stellen darüber hinaus ein Risiko für benachbarte Länder und die Region dar. Zu Flüchtlingsbewegungen haben nicht nur die zahlreichen Konflikte in Afrika geführt. Auch die schlechte wirtschaftliche Situation führt zu Migrationen, auch in Richtung Europa. Es gibt somit in Deutschland auch ein innenpolitisches Interesse

daran, dass die Menschen in Afrika in Frieden und Wohlstand leben können und sich nicht genötigt fühlen, ihre Heimat zu verlassen. Des Weiteren ist Deutschland als ressourcenarmes Land stark auf den Import gerade mineralischer Ressourcen aus Afrika angewiesen. Als Exportmarkt ist Afrika für zahlreiche deutsche Produkte von großem Interesse. Gemeinsame und gegenseitige wirtschaftliche Interessen sichern dabei Arbeitsplätze auf beiden Seiten. Das ökologische Interesse der Bestanderhaltung afrikanischer Artenvielfalt und am Vorkommen großer Regenwälder ist von globaler Bedeutung. Der zunehmende Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß in Afrika, die Erderwärmung und die Veränderung des globalen Klimas rücken es in das Interesse der Geopolitik. Die Orientierung an universal gültigen Werten und gemeinsamen, gegenseitigen Interessen müssen deshalb Bezugspunkte politischer Zieldefinition in einer neuausgerichteten Afrikapolitik darstellen.

3. STRUKTUREN INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT EFFIZIENTER GESTALTEN, REGIONEN UND SEKTOREN KONZENTRIEREN

Entscheidend für eine Neuausrichtung deutscher Afrikapolitik ist deren vernünftige und zielorientierte Umsetzung. Um einen wirksameren Beitrag in Afrika leisten zu können, müssen jedoch alle internationalen wie multilateralen Akteure und Institutionen ihr regionales und sektorales Engagement in Afrika harmonisieren und sich auf eine sinnvolle Arbeitsteilung einigen. Der Einsatz der Instrumente und Konzepte muss zwischen den Gebern und mit den Partnerländern besser abgestimmt werden (*joint donor approach*), komplementär und dabei zugleich ausdifferenziert und maßgeschneidert sein.

Zwar können verschiedene Probleme in Afrika vor allem durch das gemeinsame Engagement der internationalen Gemeinschaft mittels multilateraler Organisationen gelöst werden. Da die Effektivität der multilateralen Zusammenarbeit jedoch „zu wünschen übrig lässt“, wie der Entwicklungsausschuss der OECD (*Development Co-operation Directorate, DCD-DAC*) festgestellt hat, muss deren Effizienz und Relevanz regelmäßig überprüft werden. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hatte schon vor Jahren als Obergrenze 30 Prozent der Beiträge des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für multilaterales Engagement vorgegeben. Eine entsprechende Rückführung des deutschen multilateralen Engagements (ODA) von derzeit noch über 40 Prozent würde zusätzliche Mittel freisetzen für eine bilaterale Zusammenarbeit Deutschlands mit afrikanischen Ländern. Diese ermöglicht es, die eigene Verantwortung in der Welt sichtbarer wahr-

zunehmen, gemeinsame Werte einzufordern und Interessen zu verfolgen. Darüber hinaus muss sich das finanziell überaus starke Engagement Deutschlands in multilateralen und europäischen Organisationen auch in adäquater personeller Präsenz ausdrücken.

Es gilt, die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit Deutschlands zu verbessern. Dabei sind eine organisatorische, regionale und sektorale Konzentration sowie der Einsatz innovativer Instrumente sinnvoll. Zwar können die zahlreichen staatlichen wie nichtstaatlichen deutschen Organisationen der internationalen Zusammenarbeit mit ihrem pluralistischen Ansatz auf allen Ebenen der Kooperation in Afrika flexibel und konstruktiv intervenieren. Eine organisatorische Konzentration und stärkere Koordinierung deren Engagements und eine gezielte Profilbildung würde diese Stärke jedoch noch sichtbarer machen können. Es besteht begründeter Anlass zur Hoffnung, dass die derzeitige institutionelle Reform der staatlichen Durchführungsorganisationen² zu einem wirksameren Beitrag Deutschlands, auch in Afrika, führen wird. Die Einsicht in die programmatische Notwendigkeit intensiverer politischer Zusammenarbeit muss jedoch einhergehen mit einer institutionellen Aufwertung der „Politischen Zusammenarbeit“ zu einer eigenständigen Säule neben der „Technischen Zusammenarbeit“ und der „Finanziellen Zusammenarbeit“, bei welcher den deutschen Politischen Stiftungen eine herausragende Rolle zukommt.

Um die Erfolgsaussichten des bilateralen Engagements in Afrika zu erhöhen, ist eine stufenweise Konzentration auf einige Länder sinnvoll. Als Kriterien hierfür sollten Bedürftigkeit (Solidarität), politische Bedeutung (Signifikanz), wirtschaftliche Relevanz (deutsche Interessen) sowie die von der Regierungsführung abhängige Eignung als Partner gelten. Die politische Bedeutung hängt dabei vor allem von der Bevölkerungsgröße, der internationalen Präsenz und der Fähigkeit zur Machtprojektion ab. Die wirtschaftliche Bedeutung wird insbesondere determiniert durch die Größe des Marktes, die wirtschaftliche Dynamik, gerade des Außenhandels, sowie die Ausstattung mit Rohstoffen. Bei der Eignung als Partner sind die Erfolgsaussichten bei reformorientierten Ländern und so genannten *good performers* sicherlich größer. Schwierige Partner und Länder mit Defiziten im Bereich Regierungsführung können dabei besondere Herausforderungen für die Politischen Stiftungen darstellen, die den bilateral vereinbarten Sektoren staatlicher Zusammenarbeit nicht unterliegen, deren Interventionsmöglichkeiten flexibel und effektiv sind und im Falle der möglichen Wahrnehmung als Einmischung in die

² | Anfang 2010 gab das BMZ bekannt, die drei großen Durchführungsorganisationen der Technischen Zusammenarbeit – GTZ, DED und InWEnt – fusionieren zu wollen, um künftig ein einheitlicheres Auftreten zu gewährleisten.

inneren Angelegenheiten des Gastlandes die außenpolitischen Beziehungen weniger belasten.

Aufgrund der skizzierten Probleme in Afrika ist die Konzentration auf die Sektoren Gute Regierungsführung und Sicherheit, Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit, Klima-, Umwelt und Ressourcenschutz notwendig. Zur weiteren Profilbildung deutschen Engagements in Afrika soll eine intensivere wirtschaftlichen Zusammenarbeit beitragen, für die der Ausbau und Schutz des Privatsektors sowie dessen Kooperation mit dem öffentlichen Sektor wichtig ist, ebenso die Förderung der Infrastruktur und der Mikrofinanzsysteme Afrikas.

Der effizientere Einsatz öffentlicher Mittel wird zwar zu mehr Wirksamkeit führen, jedoch nicht ausreichen, um die massiven Probleme Afrikas zu lösen. Auch die Erhöhung der offiziellen Entwicklungsgelder auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens, wie dies schon seit 1964 in internationalen Gremien für Industrieländer gefordert wird und im EU-Stufenplan vom Mai 2005 schließlich als verbindliches Ziel für 2015 festgelegt wurde, ist weder hinreichend noch generell zielführend. Unabdingbare Voraussetzung zur effektiven Problemlösung in Afrika ist vielmehr eine Gute Regierungsführung, die mit vernünftigen Rahmenbedingungen wirtschaftliche Anreize schafft, Wachstum ermöglicht und somit einen größeren und damit wirksameren Hebel zur Verfügung hat als die offizielle Entwicklungszusammenarbeit.

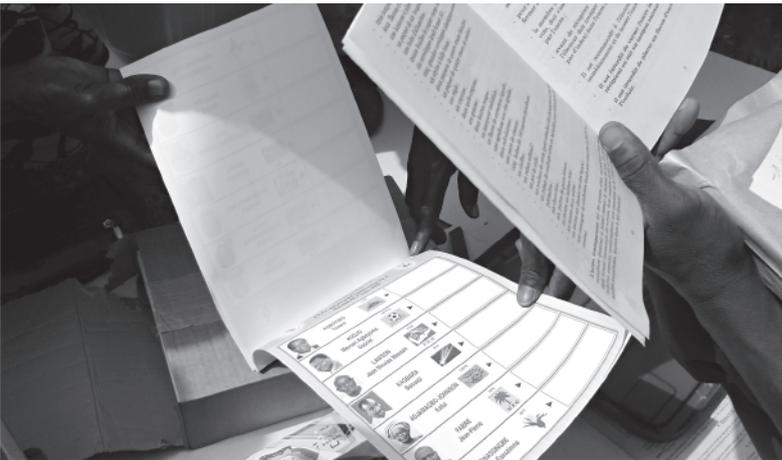
Zur Ehrlichkeit in der Diskussion um einen konzentrierten, effizienten Einsatz offizieller Entwicklungsgelder gehört aber auch die Kritik an Vertretern der Maxime „viel hilft viel“. Schließlich haben verschiedene Initiativen in den letzten Jahren, vor allem die britische G8-Ratspräsidentschaft 2005 sowie wichtige Akteure wie Jeffrey Sachs (als Berater des ehemaligen Generalsekretärs Kofi Annan) und medienwirksame Benefizkonzerte, vielerorts den Eindruck erweckt, allein durch die bloße Erhöhung der Entwicklungshilfe könnten die Probleme Afrikas gelöst werden. Der von Sachs geforderte *big push* suggerierte zudem eine *big trap*, eine große und tragische Entwicklungsfalle, in die Afrika geraten ist, und aus der man den Kontinent nur durch massive Unterstützung von außen (wie ein *Deus ex Machina*) befreien könne. Neuere Studien kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass es keinen linearen Input-Output-Nexus gibt und nicht mit jedem zusätzlichen Euro der entwicklungspolitische Ertrag in gleichem Maße zunimmt. Ab einem gewissen ODA-Niveau kann der Effekt sogar negativ sein. Hinzu kommt, dass eine erhöhte ODA zu größeren Abhängigkeiten und zu langfristigen volkswirtschaftlichen Problemen führen kann. Die quantitative

Erhöhung der ODA (Input) muss deshalb einhergehen mit einer qualitativen Verbesserung der Konzepte und Instrumente (Output). Ein noch effizienterer und vor allem noch stärker auf verbesserte ordnungspolitische Rahmenbedingungen und Regierungsführung in Afrika gezielter Einsatz öffentlicher Mittel ist daher dringend erforderlich, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

4. AFRIKANISCHE EIGENVERANTWORTUNG FÖRDERN UND REFORMEN BEGLEITEN

Die Suche nach einer neuen geopolitischen Rolle Afrikas ist nicht nur vom Wunsch nach politischer Selbstbestimmung geprägt, sondern auch vom Aufbruch in eine neue Ära, die trotz politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hypothesen und rassistischer Relikte einen Neuanfang internationaler Beziehungen darstellt. Mehrere Dekaden nach dem Ende des Kolonialismus und seiner Diskriminierung und Marginalisierung der Mehrheitsbevölkerung übernehmen immer mehr afrikanische Führer Verantwortung für ihre Politik, ohne bei dessen Versagen reflexartig auf koloniale Hypothesen zu verweisen, die ihre Anstrengungen angeblich immer schon zum Scheitern verurteilten. In zahlreichen offiziellen Dokumenten wie dem Abkommen von Cotonou (2000), vor allem aber in der Neugründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 sowie der Initiative zu einer Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (*New Partnership for Africa's Development*, NEPAD) 2001 haben afrikanische Staaten ihre zunehmende politische Eigenverantwortung zum Ausdruck gebracht und erklären, Demokratie und Gute Regierungsführung als normative Zielperspektiven zu verfolgen.

Durch diese Akte politischer und moralischer Souveränität sind mit afrikanischen Ländern Partnerschaften möglich geworden, die nicht von der herkömmlichen Logik von Geber und Empfänger geprägt sind, sondern von Symmetrie und einer gleichberechtigten Beziehung, bei der die Partner auf Augenhöhe agieren. Die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zur Lösung afrikanischer Probleme verdient moralische wie finanzielle Unterstützung und intensive Kooperation. Deshalb müssen vorrangig jene Länder unterstützt werden, in denen positive Anstrengungen zu verantwortungsvoller Politikgestaltung und Reformbemühungen erkennbar sind. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe verdient allerdings nur dann ihren Namen, wenn Probleme und Rückschläge offen angesprochen und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden können. Deshalb ist das konsequente Einfordern der von der Afrikanischen Union selbst formulierten Grundsätze wie Demokratie (mit der Durchführung von freien und wirklich fairen Wahlen), Rechtsstaatlichkeit (mit einer unabhängigen Judikative) und Guter Regierungsführung (mit einer starken Rolle von Parteien und Zivilgesellschaft)



*Wahlen sollen mehr sein als ein formaler Abstimmungs-
vorgang mit nachgängig zweifelhaften Resultaten.*

in der Gestaltung des politischen Diskurses und öffentlichen Lebens nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu verstehen, sondern als Ausdruck gelebter Partnerschaft, die von ernsthaftem Interesse am Wohl des jeweils anderen geprägt ist.

Deutsche Afrikapolitik und Internationale Zusammenarbeit werden gerade dann Wirkungen erzielen, wenn sie an die Reformanstrengungen kontinentaler, regionaler und nationaler Organisationen und Initiativen Afrikas anknüpfen. Dabei bedingen sich institutionelle und programmatische Reformen meist wechselseitig. Institutionelle Veränderungen resultierten nicht selten aus veränderter Programmatik. Diese beiden institutionellen wie programmatischen Reforminitiativen verdienen langfristig eine notwendige und sichtbare Unterstützung.

Schließlich löste die Afrikanische Union (*African Union, AU*) 2002 nicht einfach die 1963 gegründete Organisation für Afrikanische Einheit (*Organisation of African Unity, OAU*) ab, sondern markierte zugleich einen programmatischen und völkerrechtlichen Paradigmenwechsel. Das Gründungsdokument der AU (die Charta) von 2002 erlaubt aufgrund leidvoller Erfahrungen wie gerade des Genozids von 1994 in Ruanda nunmehr humanitäre und militärische Interventionen bei groben Menschenrechtsverletzungen, Genozid und Kriegsverbrechen. Das gilt auch für Interventionen in schwachen und fragilen Staaten, welche die AU hierfür um Hilfe anrufen. Die Einrichtung eines Friedens- und Sicherheitsrates flankierte diese programmatische Reform, die das Prinzip nationaler und territorialer Souveränität sichtbar transformierte. Programmatische Reformen wie die ausdrückliche Nicht-Duldung von Militärputschen und unkonstitutioneller Machtübernahmen haben die AU als Institution und ihre Zusammensetzung verändert, einige Mitgliedsstaaten zeitweilig ausgeschlossen. Die bisher kaum erfolgreichen Initia-

tiven der AU wie die Friedensbemühungen in Somalia, im Sudan und der DR Kongo oder die Vermittlungsversuche in Kenia und Simbabwe zeigen aber deutlich, dass Reformbemühungen langwierig sind und oft erst mit viel Verzögerung sichtbare Erfolge zeigen. Internationale Zusammenarbeit braucht daher einen langen Atem, bis sich die Erfolgsdividende für ihr Engagement, gerade bei noch jungen Reforminitiativen einstellt.

Fast zeitgleich zur AU entstand die NEPAD als institutionalisiertes Entwicklungsprogramm der AU, die auf dem AU-Gipfel im Februar 2010 in *Nepad Planning and Coordinating Agency* (NPCA) umbenannt wurde. Deren programmatischer Paradigmenwechsel versteht afrikanische Probleme nicht mehr ausschließlich vor dem Hintergrund kolonialen Unrechts, zu dessen Lösung ergo ausländische Hilfgelder gebraucht werden. NPCA will stattdessen gerade das endogene Entwicklungspotential Afrikas freisetzen und dabei zugleich den Kontinent für die Dynamik der Globalisierung weiter öffnen. Mit dem *Africa Partnership Forum* (APF) schuf NePAD/NPCA zudem ein wichtiges politisches Dialogforum für die sich vertiefenden politischen Beziehungen im Rahmen des G-8 Prozesses und für die Beziehungen zu weiteren OECD Ländern. NEPAD/NPCA selbst kann zwar bisher kaum sichtbare Entwicklungserfolge vorweisen, aber dessen *African Peer Review Mechanism* (APRM) stellt derzeit das wohl innovativste Instrument afrikanischer Reformdynamik dar. Der APRM weicht programmatisch vom (verbindlichen) Konsensprinzip anderer multilateraler Institutionen ab und ermöglicht den freiwilligen Beitritt zu dessen Verfahren. Inzwischen nehmen 29 Länder daran teil, von denen fünf den Prozess bereits erfolgreich abgeschlossen haben. Als Verfahren der gegenseitigen qualitativen Beurteilung von Regierungsführung entwickelt der APRM eigenständige afrikanische Empfehlungen für demokratische, administrative und wirtschaftliche Verbesserungen und soll nachhaltige Entwicklung beschleunigen. Auch wenn gerade die von Defiziten in der Regierungsführung am stärksten betroffenen Länder sich dem APRM-Reformprozess noch nicht angeschlossen haben, stellt dies seine positive Entwicklung nicht in Frage. Vielmehr verdeutlicht es, dass Reformprozesse eine langfristige Unterstützung brauchen.

Neben den genannten Reformprozessen im Bereich Guter Regierungsführung stellen die Zusammenführung des *African Court of Human and People's Rights* und des *African Court of Justice zum African Court of Justice and Human Rights* sowie die Einrichtung eines Pan-Afrikanischen Parlaments (2004) wichtige Reformbemühungen in den Bereichen der Judikative und Legislative dar. Sie verdienen ebenso Unterstützung wie die neue afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur mit ihrem 2004 etablierten Friedens- und Sicherheitsrat sowie den *African Standby Forces*, die noch in 2010 in allen

Regionen aufgebaut sein sollen. Gerade der Aufbau der Friedens- und Sicherheitsarchitektur ist auf die Unterstützung der afrikanischen Regionalorganisationen *Regional Economic Communities* (RECs) angewiesen. Deren Frieden stiftenden und erhaltenden Institutionen wie auch Interventionen zu unterstützen, ist mittel- und langfristig kostengünstiger als die Finanzierung von Post-Konfliktsszenarien. Die Rolle der AU bei Reformen im Sicherheitssektor der Mitgliedsstaaten und das veränderte Rollenverständnis militärischer Akteure muss umgekehrt auch gestärkt werden. Darüber hinaus verdienen RECs auch Unterstützung für ihre Initiativen zu regionaler Integration und guter Regierungsführung, da nur leistungsfähige Regionalorganisationen den institutionellen und programmatischen Aufbau der AU gewährleisten können.

Nationale Reformanstrengungen in den Bereichen der guten Regierungsführung, der Rechtssprechung und der Gesetzgebung können erhebliche und vielfältige Wirkungen entfalten. Sie können auf politischer Ebene Governance-Defizite und überkommene Regierungsstrukturen überwinden helfen, staatliche Schlüsselinstitutionen stärken, öffentliche Finanzen besser gestalten mit dem Ergebnis größerer Rechenschaftspflicht und Transparenz, verbesserter politischer Teilhabe und dadurch größerer Akzeptanz von Politik und staatlichen Strukturen. Auf materieller Ebene würden durch diese Reformen öffentliche Einnahmen erhöht, Korruption abgebaut und vorhandene Mittel effizienter eingesetzt werden. Insbesondere die politische Gestaltung von Dezentralisierung verdient besondere Unterstützung.

5. RECHTSSTAATLICHKEIT, DEMOKRATIE UND GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG STÄRKEN

Nur ein funktionierender Rechtsstaat kann die unveräußerliche Würde des Menschen und seine Rechte gewährleisten, nur ein demokratisch legitimes und verfasstes Gemeinwesen diesen Rechtsstaat auf Dauer sichern. Demokratie und Rechtsstaat bedingen, ergänzen und verstärken sich gegenseitig. Rechtsstaatliche Normen und Institutionen haben aber nicht nur eine herausragende Bedeutung für den Aufbau und Bestand demokratischer Gemeinwesen; ohne sie ist nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Rechtsstaatliche Strukturen sind somit nicht nur Garanten universal gültiger Menschenrechte und Freiheiten, sondern auch Motoren und Katalysatoren für nachhaltige Entwicklung.

Die Umsetzung moderner Gewaltenteilung in konsolidierten Mehrparteiendemokratien (Legislative) mit effektiver und guter Regierungsführung (Exekutive) und einer unabhängigen Rechtssprechung (Judikative)

ist die notwendige Voraussetzung für nachhaltige politische Stabilität, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Entwicklung.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bleiben jedoch solange leere Phrasen, bis diese formalen Ordnungsprinzipien durch freie und faire Wahlen, durch eine unabhängige Justiz und durch gelebte Werte legitimiert sind und ein derartiger demokratischer Rechtsstaat seine sittlichen Voraussetzungen und moralischen Wurzeln, von denen er lebt, auch zu schützen gewillt und in der Lage ist. Deshalb umfasst die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mehr als nur die Sicherstellung ordnungsgemäßer Wahlen bzw. die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen, sondern erfordert gerade in Ländern mit entsprechenden Defiziten die Instrumente der wertorientierten, vertrauensvollen und langfristigen Politikberatung und des hierauf aufbauenden Rechtsstaatsdialoges.

Die zentrale Rolle und Relevanz guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit macht ein erhöhtes Engagement in diesem Bereich unabdingbar. Der Schwerpunkt muss dabei beim Aufbau funktionierender staatlicher und demokratischer Strukturen und eines intakten Mehrparteiensystems liegen. So können entwicklungsorientiertes Regierungshandeln und aktiver Parlamentarismus gefördert, die Unabhängigkeit der Judikative und Rechtssicherheit für Personen und Investoren gesichert sowie die Partizipation der Zivilgesellschaft gewährleistet werden. Nur wo Rechtssicherheit besteht, werden afrikanische wie ausländische Investoren Kapital einsetzen und erwirtschaftete Gewinne nicht externalisieren. Die Stärkung von Privat- und Eigentumsrechten, die zudem Menschenrechte darstellen, sowie der Abschluss von Investitionsschutzabkommen würden den Kapitalfluss nach Afrika befördern. Die Verbriefung von Rechten auf Grund und Boden gerade in ländlichen, kommunalen Gebieten (Grundbucheintragungen) erlaubte es Eigentümern zudem, dies für Hypotheken zu nutzen und Kredite für Investitionen aufzunehmen. Die Förderung von Rechtssicherheit spielt eine wesentliche Rolle für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Handel und muss durch Rechtsberatung intensiviert werden.

Der Förderung freier und unabhängiger Medien, so dass Journalisten ihrer gesellschaftspolitischen Informations-, Meinungsbildungs- und Kontrollpflicht nachkommen können, ist für die Ausgestaltung einer demokratischen und an rechtsstaatlichen Prinzipien ausgerichteten Gesellschaft in Afrika von besonderer Bedeutung. Eine verbesserte Aus- und Fortbildung, insbesondere in den Bereichen Politik- und Wirtschaftsberichterstattung, soll die Medienvertreter in die Lage versetzen, die Entwicklung Afrikas konstruktiv und kritisch zu begleiten.

Die bewährten Instrumente der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik, insbesondere die wertegebundene Aus- und Fortbildung afrikanischer Eliten, müssen hier gezielt zum Einsatz kommen. Allerdings ist eine klare Arbeitsteilung zwischen den Organisationen notwendig, um Doppelungen zu vermeiden und Synergien zu schaffen.

Die Politischen Stiftungen haben als Pioniere im Bereich der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Guter Regierungsführung in über vierzig Jahren ein hohes Maß an Erfahrungen gesammelt und ein umfassendes Netz an politischen Kontakten weltweit aufgebaut. Da deren Relevanz gerade in den letzten Jahren von allen Akteuren zunehmend erkannt wurde, muss der Rolle der politischen Beratung in der Form der Arbeit der Politischen Stiftungen angemessene Rechnung getragen werden. Ihr besonderer Beitrag besteht gerade in jenen Aktivitäten der Internationalen Zusammenarbeit, die Werteorientierung und die Vermittlung von Normen zum Inhalt haben. Die Internationale Zusammenarbeit muss noch stärker durch die Arbeit der Politischen Stiftungen flankiert werden. Deshalb wäre es nur konsequent, die Politische Zusammenarbeit neben der Technischen und Finanziellen zu einer eigenständigen Säule der deutschen internationalen Zusammenarbeit auszubauen, bei der die Politischen Stiftungen eine tragende und herausragende Rolle spielen.

6. DEN ORDNUNGSPOLITISCHEN DIALOG UND DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA INTENSIVIEREN

Die zunehmende Globalisierung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen braucht einen vernünftigen internationalen Rahmen. Regeln und Prinzipien einer sozial- und marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Werteordnung, die sich vielfach national bewährt haben, müssen sich international Geltung verschaffen und zum ordnungspolitischen Rahmen auch afrikanischer Länder werden. Eine sozial orientierte Marktwirtschaft, die den Leitprinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität folgt, ist die Bedingung für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Personalität stellt dabei die Würde des Menschen über dessen ökonomischen Nutzen und kommt einer utilitaristischen Verkürzung von Menschsein zuvor, Subsidiarität stärkt das Individuum gegenüber vorzeitigen und unnötigen staatlichen Interventionen, Solidarität richtet die freie Marktwirtschaft schließlich auf das Gemeinwohl aus. Um die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie deren Auswirkungen zu bewältigen, muss der ordnungspolitische Dialog mit Afrika auf dieser Grundlage intensiviert und ein internationaler Konsens mit

einem klaren Bekenntnis zu nachhaltigem Wirtschaften und Wohlstand erzielt werden, der soziale Gerechtigkeit ermöglicht.

Öffentliche Mittel allein reichen nicht aus, Armut in Afrika zu verringern und Wohlstand zu schaffen. Denn öffentliche Zuwendungen und private Spenden stellen zwar eine wichtige und notwendige, aber bei weitem keine hinreichende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas dar. Vor allem durch die Schaffung sozialer und marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen werden privatwirtschaftliches Engagement sowie nationale wie ausländische Investitionen befördert. Da die Gestaltungskraft privater Unternehmer in Bereiche vordringt, in denen der Staat an seine Grenzen stößt, kann die Stärkung privatwirtschaftlichen Engagements eine erhebliche Entwicklungsdynamik hervorrufen. Institutionen und Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung müssen daher in noch weit stärkerem und flexiblerem Maß als bislang eingesetzt werden. Deren gezielte Förderung, flankiert durch Partnerschaften privater und öffentlicher Träger (*Private Public Partnership, PPP*), sollte jedoch einhergehen mit der notwendigen finanziellen Liquidität, die in Afrika gerade durch verbesserte Mikrofinanzsysteme und neue Finanzfazilitäten hergestellt werden kann.

Gerade Partnerschaften des öffentlichen und privaten Bereichs stellen Anreize für privatwirtschaftliches Engagement dar. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen, bildet sich eine gesellschaftliche Mittelschicht aus, die informellen Bereiche der Wirtschaft transformieren sich zunehmend zu formellen Wirtschaftsformen, und zusätzliche Steuereinnahmen werden generiert. Verbesserte Wirtschaftstätigkeit und zunehmendes Wirtschaftswachstum in Afrika selbst können Armut wohl am nachhaltigsten bekämpfen. Ein hohes Maß an Eigenverantwortung, Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft der afrikanischen Partner ist hierzu jedoch unabdingbare Voraussetzung, ebenso wie mehr Transparenz in allen Bereichen und auf allen Ebenen, vor allem im Rohstoffbereich, wie dies die *Extractive Industry Transparency Initiative (EITI)* von Regierungen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft zu fördern versucht.

Ferner muss der Zugang zu internationalen Märkten, besonders den Agrarmärkten, weiter erleichtert und fairere Handelsbedingungen für afrikanische Produkte und Dienstleistungen geschaffen werden. Die 2001 in Doha begonnene WTO-Handelsrunde, die neben einer weitgehenden Liberalisierung des Handels auch eine verstärkte und bessere Integration der Entwicklungsländer in das bestehende System des Welthandels erreichen will, zielt auf den sukzessiven Abbau von

handelsverzerrenden Subventionen (gerade im Agrarbereich), Sanktionen und Zöllen. Die weitere Öffnung afrikanischer Märkte und deren Anpassung an die in der Doha-Entwicklungsrunde derzeit verhandelten „neuen“ Handelsregeln der Welthandelsorganisation (*World Trade Organization, WTO*) erfordern jedoch auch monetäre Ausgleichszahlungen. Diese werden im Rahmen der Initiative *Aid for Trade* von der WTO inzwischen stärker diskutiert und haben bisher zu sichtbaren Ergebnissen geführt. Als Gesamtpaket müssen sie jedoch neben öffentlichen Transferleistungen nach Afrika einhergehen mit der weiteren Öffnung der Märkte der Industrieländer gerade für Produkte und Dienstleistungen aus Afrika, wovon zusätzliche Entwicklungsimpulse und weiteres Wirtschaftswachstum erwartet werden können. Entschuldigungsinitiativen, die mit der Behebung der Ursachen erneuter Verschuldung einhergehen, können trotz der Gefahr rascher Wiederverschuldung Staatshaushalte zumindest kurzfristig entlasten und Mittel zur Förderung der Wirtschaft und des Handels freisetzen.

7. DEN DIALOG DER KULTUREN UND RELIGIONEN FÖRDERN

Der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen ist eine dringende Zukunftsaufgabe in einer immer enger und schneller zusammenwachsenden globalisierten Welt. Zwar führen unterschiedliche religiöse, konfessionelle und kulturelle Vorstellungen und Praktiken in Afrika selten zu gewaltsamen Konflikten und dienen eher als nachgeschobene Argumente für tatsächlich heteronome, handfeste Interessen wie Machterhalt oder Zugang zu Ressourcen. Die gezielte Radikalisierung religiöser oder kultureller Inhalte oder Teilaspekte beinhaltet jedoch erhebliches Potential für den internationalen Terrorismus, kann zu einem Sicherheitsrisiko werden und Entwicklungsfortschritte zunichte machen. Der kontinuierliche Dialog zwischen Konfessionen, Religionen und Kulturen in und mit Afrika kann deren Zusammenprall verhindern und der Gefahr der fortgesetzten, argumentativen Instrumentalisierung sowie einer sicherheitsrelevanten Eskalation begegnen. Der an Sachfragen orientierte Dialog soll zudem die normativ-ethische Orientierung durch die Religionen und Kulturen bei der Lösung globaler Zukunftsfragen fördern.

Außerdem können regional unterschiedliche Ausprägungen von Religionen und kulturellen Praktiken in Widerspruch zu universal gültigen Werten stehen. Einige Aspekte in Afrika gelebter Tradition, Religion und Kultur stellen die Prinzipien von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat in Frage. Immer wieder gerät beispielsweise traditionelles Recht aufgrund der nicht seltenen Benachteiligung von Frauen



Der kontinuierliche Dialog zwischen Konfessionen, Religionen und Kulturen in und mit Afrika kann deren Zusammenprall verhindern.

mit modernen Verfassungen, die Geschlechtergleichheit vorsehen, in Widerspruch. Fehlverstandene Traditionen dienen bisweilen als Vorwand für den Missbrauch von Menschen und für eigenen Machterhalt. Um das Postulat gemeinsamer Werte mit Leben zu erfüllen, muss dieser Dialog mit Afrika und den relevanten Akteuren kontinuierlich und auf vielen Ebenen durchgeführt werden. Die regelmäßige Selbstvergewisserung und Pflege gemeinsamer Werte kann individuelle wie kollektive Freiheitsrechte, Solidarität und wohlverstandene soziale Gerechtigkeit auch in Afrika befördern.

8. FRIEDEN ERMÖGLICHEN UND ENTWICKLUNG FÖRDERN DURCH VERNETZTE SICHERHEIT

Die Abwesenheit von Krieg und Konflikten sowie stabile Staatlichkeit sind eine zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung von Frieden und Sicherheit. Dies erfordert einen leistungsfähigen Staat mit einem funktionierenden Gewaltmonopol, dem Angebot zentraler staatlicher Dienstleistungen (Infrastruktur, soziale Grundversicherung, Bildung, Gesundheit) und einer durch breite Partizipation legitimierten politischen Ordnung. Trotz einer Zunahme demokratisch legitimierter Regierungen in den letzten beiden Dekaden ist die Zahl schwacher, fragiler oder gar gescheiterter Staaten mit erodiertem staatlichem Gewaltmonopol und Kriegsökonomien mit grenzüberschreitenden Dimensionen in Afrika im globalen Vergleich überproportional hoch. Krisenprävention und Konfliktmanagement sind deshalb elementare Interventionsbereiche Internationaler Zusammenarbeit, friedensstiftende und -erhaltende Maßnahmen ebenso wie die Mithilfe am Aufbau einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur. Ziel ist es, afrikanische Konflikte und Kriege primär durch afrikanische Friedensinitiativen einzudämmen oder zu beenden und damit militärische und sicherheitsrelevante Interventionen durch die EU (*EU Battlegroups*) und die UNO (Blauhelme) nur subsidiär zum Einsatz kommen sollen.

Mit dem 2004 gegründeten Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union sowie den afrikanischen Friedenstruppen (*African Standby Forces*), die noch 2010 in allen fünf Regionen des Kontinents stationiert und jederzeit abrufbar sein sollen, hat die Afrikanische Union eine wichtige und zugleich ambitionierte Grundlage für eine kontinentale Sicherheitsarchitektur geschaffen. Trotz der noch anhaltenden Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit verdienen sie finanzielle (*African Peace Facility Fund*) und gerade auch personelle Unterstützung – ebenso wie die afrikanischen (und internationalen) Friedenseinsätze in Afrika, die Etablierung kontinentaler Frühwarnsysteme für gewaltsame Konflikte (*Conflict Early Warning and Response Mechanism*, CEWARN) und Initiativen zur Eindämmung der unkontrollierten Verbreitung ungesetzlicher Klein- und Leichtwaffen (*Small Arms and Light Weapons*, SALW).

Während in der afrikanischen Sicherheitsarchitektur derzeit die militärische Dimension im Vordergrund steht, liegt der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Afrikanischen Union (*Common African Defence and Security Policy*, CADSP) eigentlich ein um den Aspekt „humanitäre Sicherheit“ erweitertes Verständnis zugrunde, das programmatische Anknüpfungspunkte für zivile Maßnahmen, auch der klassischen Entwicklungszusammenarbeit, bietet. In diesem Sinn kommt es dem Verständnis und Konzept Vernetzter Sicherheit nahe, das neben militärischen explizit auch zivile Komponenten zum Aufbau von Frieden und Sicherheit vorsieht. Da in vielen Fällen auch bei afrikanischen Konflikten keine klassische, sondern eine eher asymmetrische Bedrohungslage mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren vorliegt, sind traditionelle außen- und sicherheitspolitischen Handlungsmuster überfordert. Das enge Zusammenspiel außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischer Konzepte und Instrumente (im Englischen als die drei *Ds diplomacy, development, defence* bekannt) soll in Form des Konzepts der Vernetzten Sicherheit seine friedensstiftende Wirkung entfalten und eine sicherheitspolitische Dividende erbringen.

Das Engagements Deutschlands und vor allem das der Europäischen Union bedarf in der Unterstützung der afrikanischen Sicherheitsarchitektur allerdings der Abstimmung mit dem 2008 eingerichteten *Africa Command* (AFRICOM) der USA, das ebenfalls die engere Verzahnung von Entwicklungs- Außen- und Sicherheitspolitik der USA gegenüber Afrika zu bewerkstelligen sucht. Aus den Problemen bei dessen Implementierung in Form mangelnder Akzeptanz durch afrikanische Staaten und Regionalorganisationen sowie Vorwürfen der Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit lässt sich folgern, dass die

frühzeitige Einbindung afrikanischer Regierungen und Regionalorganisationen wichtig ist und die zivil-militärische Verzahnung nicht notwendigerweise unter dem Primat der Sicherheitspolitik stehen soll, auch um dessen Akzeptanz bei den Beteiligten vor Ort zu erhöhen.

9. LEBENS- UND ÜBERLEBENSCHANCEN ERHÖHEN: LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG, GESUNDHEIT UND BILDUNG FÖRDERN

Täglich sterben rund 25.000 Menschen an Hunger und Unterernährung, mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder, die nicht einmal das fünfte Lebensjahr vollendet haben. Trotz des Rückgangs des Anteils der Hungernden an der Weltbevölkerung ist aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ihre absolute Zahl nicht gesunken. Obwohl die verfügbaren Ressourcen ausreichen würden, die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren, hungern weltweit derzeit mehr als 1 Milliarde Menschen, die meisten davon in Afrika südlich der Sahara. Für die kommenden Jahre wird dort mit einer weiteren Verschärfung der Situation gerechnet. Hunger und eine prekäre Ernährungssituation haben in Afrika viele und komplexe Gründe, die zudem durch viele Wechselwirkungen miteinander verknüpft sind. Nur selten ist Hunger alleinige Folge von Naturkatastrophen oder von Konflikten, sondern geht meist auf strukturell bedingte Armut aufgrund geringer Einkommen bei steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel zurück. Schlechte politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sehen keine hinreichenden Mittel für Ernährungssicherheit vor, unfaire Bedingungen im Weltagrarhandel, eingeschränkter Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Saatgut und Dünger, Verschlechterung der Bodenqualität und andere Gründe führen zu prekärer Ernährungssicherung, was wiederum negative Wirkungen auf die Gesundheit hat.

Ländliche Entwicklung sollte daher stärker gefördert werden, um zur Sicherung von Nahrungsproduktion und Ernährung beizutragen. Um das Menschenrecht auf den höchsten erreichbaren Gesundheitszustand zu verwirklichen, muss der Zugang zu angemessenen Gesundheitsangeboten für arme Bevölkerungsgruppen und ihre Absicherung gegen die Risiken von Krankheit gewährleistet werden. Die HIV/Aids-Pandemie und andere, auch armutsbedingte, Krankheiten stellen ein gravierendes humanitäres, gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Problem dar. Afrikanische Gesundheitssysteme sowie die Prävention und Behandlung von HIV und Aids und anderer Krankheiten muss daher weiter gestärkt werden, wobei sich hier auch multilaterale Initiativen und globale Fonds anbieten. Außerdem bedarf die Förderung ländlicher Entwicklung einer Verlagerung von Kompetenzen nach dem Sub-

sidiaritätsprinzip auf regionale (kommunale) Ebenen, da staatliches Handeln nicht nur regionalen Bedingungen entsprechen soll, sondern so auch dezentraler und bürgernäher angeboten werden kann. Eine verbesserte kommunale Selbstverwaltung kann die Identifikation der Bürger mit staatlichen Institutionen und Strukturen vertiefen und demokratische Strukturen und Partizipation verbessern.

Darüber hinaus ist der Ausbau der Bereiche Grund-, Aus- und Weiterbildung von zentraler Bedeutung. Schließlich benötigt eine florierende Wirtschaft qualifizierte, gut ausgebildete Fachkräfte. Funktionierende Demokratien setzen gebildete und informierte Bürger voraus. Faire Partnerschaft muss auch den Wissens- und Know-How-Transfer – ermöglicht etwa durch eine verbesserte Kooperation mit afrikanischen Hochschulen – und insbesondere die Ausbildung von Experten und Eliten intensivieren. Durch gezielte Stipendienprogramme vor Ort sowie in Deutschland sollte ausgewählten Studierenden die Chance geboten werden, ihre Begabungen und Qualifikationen zielgerichtet weiterzuentwickeln. Kultureller Austausch sollte intensiviert werden, da er nicht nur zur breiteren Bildung beiträgt, und Auswärtige Kulturpolitik nicht nur zur Völkerverständigung. Sie erleichtern auch den Zugang zu Menschen und Märkten und die Identifikation und Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen.

10. ZUKUNFT SICHERN: NATÜRLICHE RESSOURCEN UND UMWELT SCHONEN, BIODIVERSITÄT UND KLIMA SCHÜTZEN

Der Klimawandel betrifft nicht nur unmittelbar umweltbezogene Themen wie Ökologie und Artenvielfalt, sondern bedroht in seiner Konsequenz auch die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Grundlagen allen Lebens auf der Erde. Die Debatten der letzten Dekade zu Erderwärmung und Umweltschutz haben gezeigt, dass der Klimawandel als zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts nur gemeinsam von der Völkergemeinschaft bewältigt werden kann. Er wird auch und gerade in Afrika wohl verheerende Wirkungen entfalten. Die Länder Afrikas sollten daher als strategisch wichtige Partner im Kampf gegen die globale Erderwärmung und für den Schutz ihrer Artenvielfalt gewonnen werden. Der schonende Abbau und der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen in Afrika sind nicht nur von globalem, sondern auch in Afrikas eigenem Interesse. Der Schutz der immensen Biodiversität Afrikas und der für das Klima elementaren tropischen Regenwälder wie der zweitgrößte Regenwald der Welt im Kongobecken sowie andere, global wichtige Umweltinitiativen müssen weiter unterstützt werden.

Afrikanische Länder haben kaum die Mittel, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, und sind nach klimabedingten Katastrophen stark auf rasche Nothilfe von außen angewiesen. Für präventive Maßnahmen stehen kaum finanzielle Mittel zur Verfügung. Fehlte früher oft die Einsicht in die Notwendigkeit, hier zu investieren, fehlen heute neben dem politischen Willen oft auch die finanziellen und technischen Voraussetzungen für Maßnahmen zu Minderung und Anpassung an den Klimawandel.

Internationale Zusammenarbeit muss daher die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um einerseits die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen (helfen) sowie dessen (mögliche) Wirkungen in Afrika zu mildern und zugleich bereits in die Planungsphase aller Entwicklungsprogramme stärker einzubeziehen. „Klimasensible“ Entwicklungsprozesse müssen dabei Standortfragen (Überflutungsgebiet), Niederschlag (Landwirtschaft) sowie mögliche gesundheitliche Konsequenzen als übergreifende Einflussfaktoren in jegliche Entwicklungsplanung einbeziehen und noch kritischer bedenken. Die klimaneutrale Produktion notwendiger Energie macht die Fortentwicklung und den Einsatz erneuerbarer Energien, insbesondere der Solarenergie, zur zukunftsweisenden Investition in Afrika. Eine ganzheitliche Strategie des deutschen Außenhandels muss daher die Bereiche Entwicklung und Klima eng miteinander verzahnen und dabei entwicklungspolitische Erfahrungen wie auch technisches Wissen im Sinne einer Afrikapolitik aus einem Guss organisatorisch verknüpfen. Die Bekämpfung der weiteren Erderwärmung, die Eindämmung der Wüstenbildung, Anstrengungen für ein vernünftiges und grenzüberschreitendes Wassermanagement, der Schutz natürlicher Ressourcen sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern haben globale Auswirkungen. Zugleich sind weitere Anstrengungen zu unternehmen, für die Belange des konkreten Umweltschutzes sowie des ressourcenschonenden Umgangs mit der Umwelt in Afrika zu werben sowie die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür (Abfallentsorgung, sauberes Trinkwasser, Luftreinheit) zu schaffen.

Das vermeintliche Umweltthema „Klimawandel“ stellt implizit immer auch die fundamentale Frage der gerechten Verteilung von Lasten und Pflichten bei der Umwandlung hin zu einer klimaverträglichen Weltgemeinschaft, wie ein fairer Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aussehen könnte. Der Klimawandel zwingt uns damit eine wichtige Debatte über Ethik und Gerechtigkeit, globale Partnerschaft und Generationengerechtigkeit auf. Die Konvergenz globaler Trends und die Gleichzeitigkeit der Themen Klimaschutz und Entwicklung wird die Afrikapolitik des 21. Jahrhunderts prägen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Autor

Dr. Dr. Anton Bösl

Redaktion

Sabine Gerhardt
Dr. Stefan Gehrold
Klaus D. Lötzer
Dr. Hardy Ostry
Annette Schwarzbauer
Tinko Weibezahl

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Fotos

KAS, fotolia (Seite 15)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010 Konrad-Adenauer-Stiftung





www.kas.de

ISBN 978-3-941904-67-5